

# Der Heimatsdienst

Mitteilungen der  
**Reichszentrale für Heimdienst**  
 Hochdruck sämtlicher Betriebe, mit Ausnahme der gewerblichen Betriebe, und sonstigen Einrichtungen, nur nach Quellen-  
 angabe gefastet

**Aus dem Inhalt:** Staat und Jugend, von Reichminister des Innern Freiherr von Gayl / Ungeordnete Wehrorganisation, von Oberst a. D. K. v. Weizher / Wirtschaftstagen des Sauggebietes, von Hermann Röding / Entsalzung und Stand der Seeliner Verwaltung, von Hauptstatist Dr. Haas / Die deutsche Kolonialbewegung und ihre Ziele, von Oberbürgerm. Dr. Dr. Heinrich Schnee / Die Deutsche Kraftpost-Ausstellung (Dela), Berlin

In Kommission:  
**Zentralverlag** G. m. b. H., Berlin W 35  
 Halbböcher 2,25 Mark / Jährlich 6,50 Mark  
 Erscheint zweimal monatlich  
 Durch jedes Postamt zu beziehen

# Für 800 Millionen

**Mittel des Reiches zur Arbeitsbeschaffung**  
 (ohne Steuergutscheine an die private Wirtschaft)



# Staat und Jugend

Don Reichsminister des Innern Frhr. von Gayl

Es gehörte für jeden waterländischen Deutschen in den hinter uns liegenden Jahren zu den bedenklichsten Erscheinungen, daß Jugend und Staat sich nicht fanden. Der nach außen unfeine, im Innern vom Kampf der Parteien zerrissene, schwer um seine Geltung ringende Staat von Weimar hat, wie jeder ehrliderweise zugeben muß, auf die heranwachsende Jugend keine Anziehungskraft ausgeübt. Staatsbürgerliche Belehrungen und die Überreichung der Reichsverfassung bei der Schulentlassung konnten die Herzen der Jugend nicht gewinnen. Bei den Formen, die der Streit des politischen Alltags in Deutschland zeigte, befand für den jungen Deutschen kaum Gelegenheit, zu erleben, was der Staat in seinem eigentlichen Sinne ist. Wo Schule und Lehrer versuchten, die Schüler nach einer bestimmten, von einer zufälligen Regierungskoalition gewünschten Richtung zu beeinflussen, trat die entgegengesetzte Wirkung ein. Die deutsche Jugend hat sich heute vielfach politisch anders entschieden, als die für ihre Erziehung in den letzten Jahren amtlich Verantwortlichen es gewünscht haben.

Dabei haben gerade die regsten und wertvollsten Teile der deutschen Jugend mit heißer Sehnsucht den Weg zum Volk und Staat gesucht. Diese Jugend hat sich in ihren Binden und Lebensformen eine bessere politische Erziehung geschaffen, als sie ihr der Staat zu bieten hatte; sie hat sich auf ihren Fahrten Heimat und Volkstum erwardet und hat vor allem im Grenzland und bei den Auslandsdeutschen das Volk als eine über die Staatsgrenzen hinausreichende Lebens- und Schicksalsgemeinschaft erlebt. Diese bindische Jugend hat ganz aus sich heraus in ihren Arbeitslagern und im freiwilligen Arbeitsdienst neue Wege der Volksbildung gefunden und Ordnungen geschaffen, in denen Menschen ganz verschiedener Herkunft und Weltanschauung sich zum verantwortungsvollen Dienst an einem gemeinsamen Werk einten. Wo aber diese Jugend den Staat suchte, da sah sie ihn an die Parteien und Parteikoalitionen ausgeliefert, da wurde sie vom Parteigetriebe abgelenkt. Der Wille dieser Jugend, dem Ganzen zu dienen und sich einzusetzen für Volk und Reich, fand im Parteienstaate keinen Raum.

Heute sieht, durch das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufen, an der Spitze des Reiches eine von den Parteien unabhängige Staatsführung, die sich zu dem gleichen Volks- und Staatsgedanken bekennt, der ursprünglich in den Herzen der Jugend lebendig ist. Uns ist das Volk die durch die Jahrhunderte hindurchgehende, über die politischen Grenzen hindübergreifende Lebensinheit, an die wir einzelnen natürlich und geistig gliedhaft gebunden sind. Der Staat aber ist uns die politische Lebensform, die Arbeits- und Kampfsgemeinschaft des Volkes, das Ganze, das mehr ist als die Parteien. Der Staat ist nicht nur „die Regierung“, die „Bürokratie“ oder der äußere Apparat des politischen Lebens. Als Willenseinheit ist der Staat vielmehr begründet in der Staatsgewinnung, in der Dienst- und Hingabebereitschaft seiner Bürger. Nur dann kann der Staat lebendig bleiben, wenn er sich immer neu aufbaut im Herzen und Willen seiner in ihn hineinwachsenden Jugend. Als eine geistig-sittliche Gemeinschaft ist der Staat im Überfünftlichen verwurzelt, d. h. für die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes im christlichen Glauben, in Gott.

In diesem Sinne habe ich in meinem Rundschreiben an die Unterrichtsverwaltungen der deutschen Länder vom 28. Juli ein allgemeines Wort über die Erziehung der deutschen Jugend gesagt, in dem ich vor allem auch für die Schule diesen Volks- und Staatsgedanken als zielführend und verpflichtend hingestellt habe. Was ich dort ausgeführt habe, hat, wie ich mit Freude feststellen konnte, in weiten Kreisen Zustimmung erfahren. Trotzdem möchte ich hier einiges zur Ergänzung und Erläuterung hinzufügen. Gegenüber den Be-

strebungen, die Schule in irgendeiner Form parteipolitischen Zielen dienlich zu machen, halte ich es für die Pflicht einer unabhängigen Staatsführung, die Schule „als eine der Gesamtheit dienende Staatsveranstaltung“ vor allen Einflüssen dieser Art zu wahren. Die Schule, die nach ihrer geschichtlichen Entwicklung in Deutschland eine Angelegenheit des Staates ist, hat selbsterständig auch die hohe politische Bildungsaufgabe, die Jugend zu Volk und Staat zu erziehen. Diese Erziehung kann nicht durch bloße Wissensvermittlung, noch durch eine Gestimmungszüchtung erfolgen. Am allermeisten darf die Schule bestimmte parteipolitische Auffassungen zu verbreiten suchen. Die Jugend zu Volk und Staat zu erziehen, heißt vielmehr „Erziehung zum Dienst, zur Verantwortung und Opferfähigkeit gegenüber dem Ganzen“.

Wenn in der Öffentlichkeit vereinzelt bemängelt worden ist, der Schulerlaß bringe nichts Neues, so halte ich es als konservativer Mensch nicht für meine Aufgabe, unter allen Umständen neue Grundsätze aufzustellen, sondern ewig gültige Wahrheiten, die zum Schaden des Ganzen vergessen worden sind, wieder auszusprechen und durchzusetzen. Mit vollem Recht hat Professor Eduard Spranger vor einigen Jahren in seinem Beitrag über „Probleme der politischen Volkserziehung“ für die Festschrift: „Zehn Jahre Reichsheimatdienst“ festgehalten: „Der Dienst am Staat als erster und einziger Weg der politischen Erziehung — das flingt unserer Zeit so ungewohnt, daß man entweder eine ganz neue Lehre oder eine völlig veraltete Lehre darin zu finden behaupten wird. Beides ist nicht der Fall, sondern es ist einfach eine ewige Wahrheit, die man sich nur wieder in ihrer Selbsterständigkeit zum Bewußtsein erheben muß“, und es deckt sich völlig mit der von mir in dem Schulerlaß und auch sonst häufig zum Ausdruck gebrachten Grundauffassung, wenn Professor Spranger seine Ausführungen unter dem Satz stellt: „Erziehung zum Staat ist Erziehung zum Dienst an einem Ganzen.“

Dieser überparteiliche Staatsgedanke und Wille zum Dienst an der Gemeinschaft ist wiedergeboren auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges und im auskarenden Leiden der Heimat; er ist heute lebendig in der jungen Generation, die durch eine harte Schule hindurchgegangen ist, und die in den Helden von Langemarck ihre Vorbilder sieht. Auch die heranwachsende deutsche Jugend in diesem Sinne zu erziehen, wird nur möglich sein, wenn nicht gerade die junge Erzieher- und Lehrerschaft, die heute von diesem Volks- und Staatsgedanken am stärksten erfüllt ist, von ihrer Wirksamkeit ausgeschaltet wird. Ebenso können auch die in meinem Schreiben erwähnten pädagogischen Neuerungen auf die Dauer nur dann erhalten werden, wenn nicht gerade die jugendnähesten Lehrer von der Schularbeit ferngehalten werden. Wie diese für Staat und Jugend wertvollen pädagogischen Kräfte möglichst bald wieder zu fruchtbarem Einsatz zu bringen sind, liegt mir besonders am Herzen.

Es ist, wie ich gegenüber manchen Mißverständnissen betonen möchte, nicht meine Überzeugung, daß die Erziehung zu Staat und Volk das einzige und höchste Erziehungsziel ist, noch halte ich die Schule für die ausschließliche oder auch nur wesentlichste Erziehungsstätte. Eine Staatsallmacht in der Erziehung ist bei der geschichtlichen Entwicklung und geistigen Lage des deutschen Volkes unmöglich und widerspricht durchaus deutschem Wesen. Schon in meinem Erlaß habe ich betont: „Die Schule kann die Jugend zu Staat und Volk nur dann recht erziehen, wenn das gesamte Leben in Staat und Volk, von der Familie an durch alle kulturellen Gestaltungen hindurch, die Jugend in der Entwicklung ihrer gefundenen sitt-

lichen und geistigen Kräfte anspornt und fördert.“ Wo die Familie ihre natürliche erzieherische Kraft bewahrt hat, wird sie stets die wertvollste Arbeit an der sittlichen Bildung selbst leisten. Deswegen begrüßt ich den Wunsch der Elternschaft, in enger Verbindung mit der Schule an der Gesamterziehung tätig mitzuwirken. Die religiöse Erziehung, die Überlieferung des christlichen Glaubens, ist das unerlierbare Recht und die Pflicht der christlichen Kirchen. Auch sonst sind dem Staat alle erzieherischen Kräfte, die sich im Volksleben regen, willkommen. Die Erzieher der Jugend auf den Staat hin und die Hineinführung in die geschichtliche und geistige Volksgemeinschaft bleibt die vornehmste Aufgabe der Schule.

Aber auch hier muß die Arbeit der Schule ergänzt werden durch Einrichtungen, in denen die Jugend über die doch überwiegend theoretische Arbeit der Schule hinaus sich gemöhen kann, Volk und Staat in praktischer Arbeit zu dienen. In seinem schon erwähnten Aufsatz hat Professor Springer auf die hier vorhandene „Külde der politischen Schulung“ hingewiesen, die es heute verhindert, daß „Jugend und Staat sich in voller Breite begegnen. Früher geschah dies durch einen merklich betonten Einschnitt: durch den Beginn der Wehrfähigkeit und der Wehrpflicht. Und wie man auch über die Frage des Krieges denke: daran kann niemand zweifeln, daß ein solcher Anfang des Lebens für den Staat mit sichtbaren Dienstverpflichtungen ein Weg war, um die überlegene Macht und Ordnung des Staates dem Bewußtsein einzugraben.“ Hier Möglichkeiten für die Jugend zu schaffen, sich im Dienst an der Allgemeinheit vorzubereiten für ihre Lebensaufgabe und in Zucht und Opferm einzugliedern in die Staats- und Volksgemeinschaft, ist der Sinn des freiwilligen Arbeitsdienstes, des geplanten Wertjahres und der Arbeit des vom Herrn Reichspräsidenten eingesetzten „Reichsarbitratoriums für Jugendberückichtigung“. In seinem Erlaß vom 13. September hat der Herr Reichspräsident den Grundgedanken ausgesprochen, der für alle diese volks- und staatspädagogischen Auf-

gaben maßgebend ist: „Die deutsche Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. Die Stählung des Körpers, die Erziehung der Jugend zur Zucht, Ordnungsliebe und Kameradschaft und zur Opferbereitschaft für die Gemeinschaft sind Aufgaben, deren sich annehmen der Staat eine Pflicht hat.“

Diesen jugendpolitischen Maßnahmen liegt nicht die Absicht zugrunde, eine „Staatsjugend“ zu schaffen und das Eigenleben der Jugend durch staatliche Bevormundung zu unterdrücken. Vielmehr soll mit den Verbänden und mit den Jugendbänden selbst zusammengearbeitet werden, die schon bisher in dieser Richtung gewirkt haben. Was aus der Jugend selbst heraus so lebendig gewachsen ist, kann der Staat nur fördern und schützen. Die Jugend selbst hat in ihren Lebensformen und Betätigungen ihren Willen bekundet, Volk und Staat durch ihre Arbeit zu dienen; der Staat seinerseits begegnet nun dieser Jugend, indem er ihr seine Unterstützung und Hilfe anbietet und all die vielfachen Bestrebungen auch äußerlich zusammenführt in gemeinsamer Arbeit an der Zukunft des Vaterlandes. Wenn kürzlich auf einem Arbeitslager in Schlesien fünf Jugendliche aller Parteierichtungen zusammenfanden unter dem Wort „Alles für Deutschland“, das als Transparent in dem gemeinsamen Wehraum angebracht war, so entspricht das dem Geiste, in dem auch der Reichspräsident und die Reichsregierung ihre Arbeit an der Jugend verstehen.

„Alles für Deutschland!“ Dies Wort steht auch über dem Leben des Mannes, dessen 85. Geburtstag wir vor wenigen Tagen begingen. „Die Ideale der Jugend sind Altiens, aus denen eine Idee leuchtet und kämpft“, hat Kagarde einmal gesagt. In Hindenburg sehen wir heute die Idee des deutschen Staates verkörpert. Was die Kernkraft und das Wehrgesetz dieses Staates ausmacht, treuer Dienst und Pflichterfüllung gegenüber dem Ganzen, gibt dieser schon geschichtlich gewordenen Gestalt ihre besondere Prägung. Mögen sich Staat und Jugend in diesem Geiste finden!

## Unzweckmäßige Wehrorganisation

Von H. E. v. Dörken, Oberst a. D.

Der Abschnitt V des Versailleser Vertrages legt fest, welche Vorbereitung zur Landesverteidigung, welche Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit der Bevölkerung das Deutsche Reich treffen darf. Diese Bestimmungen nehmen dem deutschen Volke das wehrpolitische Selbstbestimmungsrecht, nehmen ihm seine Wehrhoheit und entschleiden es aus militärischen Gebiete seiner Souveränität. Die Wehrhoheit ist nicht nur dem Umfang der Wehrmacht nach eingeschränkt, sondern auch ihrer Art nach. Die Versailleser Diktatoren dem deutschen Volke nur eine verwindend kleine Wehrmacht lassen; verschwindend klein gemessen an der Zahl seiner Bewohner, an der Ausdehnung der zu schützenden Grenzen, besonders aber verglichen mit den Kriegsvorbereitungen seiner Nachbarn. Die Versailleser Diktatoren haben diese an Umfang so geringe Wehrmacht mit Absicht auch besonders unzweckmäßig gestaltet, um Deutschlands Wehrfähigkeit zu vermindern. 1919 in Versailles wollte man dem deutschen Volke nicht nur die Möglichkeit nehmen anzukreisen, sondern man wollte es auch in verteidigungsunfähigen Zustand versetzen. Das hat ein Wortführer der französischen Regierung bei den Verhandlungen der Genfer Rüstungskonferenz offen zugegeben. Zu diesem Zweck sollten dienen und dienen die Beschränkungen der Bewaffnungsfreiheit, die der deutschen Regierung innerhalb des ihr in Versailles bewilligten Rüstungsumfanges auferlegt wurden.

Das Heer darf 100 000 Köpfe zählen. Aber es dürfen jährlich nur etwa 10 000 Rekruten eingestellt werden. Diese Beschränkung wurde erreicht dadurch, daß man eine 12jährige Dienstzeit für jeden Soldaten vorschrieb (sofern der Soldat zum Offizier aufstiege sogar eine 20jährige). Bei Festhaltung eines Friedensstandes von 100 000 Mann könnte man (angenommen man brächte 20 000 Offi-

ziers und Unteroffiziere in Ansat) jährlich 160 000 Mann (in halbjähriger Dienstzeit) ausbilden. In zehn Jahren verläßt das Heer dann über 1 600 000 ausgebildete Soldaten; während man jetzt höchstens 100 000 hat. Die Versailleser Bestimmungen verbieten dem Deutschen Reich die Organisierung des Beurlaubtenstandes und werfen sein Heerwesen damit in das XVIII. Jahrhundert zurück. Das charakteristischste Merkmal der Entmündigung des Heerwesens des XIX. und XX. Jahrhunderts ist die Ausbildung des Beurlaubtenstandes, der allein die Aufstellung der Millionenheere ermöglicht. Die Schwäche des deutschen Heeres auf personellem Gebiete liegt also besonders in dem Zwange zur Unzweckmäßigkeit, die der deutschen Heeresverwaltung mit der Festsetzung der 12jährigen Dienstzeit und auch dem Derbote, ausgebildete Rekruten zu unterhalten, auferlegt ist. Die 12jährige Dienstzeit ist nicht nur organisatorisch höchst unvorsicht, sondern auch außerordentlich teuer. Der deutsche Beurlaubtsoldat bekommt allein an Löhner etwa 30mal soviel als der französische Rekrut, der seiner Dienstpflicht genügt. Dazu kommt die Ausbildung für den Zivilberuf; die hohen Kosten für die Verpflegung usw. Die Festsetzungen des Versailleser Vertrages, soweit sie die Dienstzeit betreffen, sind aber auch moralisch höchst ansehnbar. Sie zwingen die deutsche Regierung, von den jungen Kräften, die Soldat werden wollen, zu verlangen, daß sie sich schon bei ihrem Eintritt auf zwölf Jahre verpflichten. Sie müssen, ehe sie wissen, ob ihnen das Soldatenleben zuzugut, ob sie finden, was sie erwarten, einen Schein unterschreiben, der sie bis weit in das dritte Jahrzehnt ihres Lebens bindet. Das Reich ist nicht in der Lage, irgendwem Entlassungen den Abschied zu geben. Das Diktat von Versailles verbietet es. Diese unerträglichen Bestimmungen bedürfen der Abänderung. Deutschland ist



# Wirtschaftsfragen des Saargebietes

Von Dr. Hermann Köchling, Döllingen (Saargebiet)

Alle Wirtschaftsfragen im Saargebiet werden durch das Verhältnis der Saarbevölkerung zum französischen Staat als Inhaber der gesamten Kohlenruben des Gebietes beeinflusst. Diese überragende politische und wirtschaftliche Machtstellung Frankreichs im Saargebiet, die noch unterbaut ist durch die Besetzung aller wichtigsten Posten in unserer oberen Verwaltungsbürokratie mit Franzosen, macht unter jeder Wirtschaftsformkonjunktur die Auseinanderlagerung mit dem französischen Staat zur Notwendigkeit. Dazu kommt, daß unsere Eingliederung in das französische Zollgebiet — ob wir wollen oder nicht — uns den zollpolitischen Autarkiebestrebungen der französischen Regierung ziemlich wehrtlos unterwirft. Wenn nun weiterhin infolge einer geradezu ungläublichen Steuererschöpfung der französischen Saargrubenerwaltung, für die die Regierungskommission des Saargebietes verantwortlich ist, die jährlichen Steuerlasten der Saarbevölkerung um 100 Millionen Franken gesteigert wurden, wie es in diesem Sommer geschah, so zeigt dies erneut die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Regierungsmethoden im Saargebiet. Der allgemeine Unwille über derartige Zustände führt dazu, daß eine grundsätzliche Auseinandersetzung sowohl über die größten Beginntenden des französischen Staates seitens der Regierungskommission wie auch über den ungeheuerlichen Mißbrauch der Gewalt des französischen Staates als Arbeitgeber gegenüber seinen Vergleuten erstrebt werden muß.

Greifen wir zunächst die Besteuerung des französischen Staates als derzeitigen Bestitzer der Saargruben heraus. § 13 des Saarstatutes des Versailler Vertrages hat diese Besteuerung folgendermaßen festgesetzt:

Die Grubenerwaltung hat zu dem örtlichen Haushalt und zu den Gemeindeabgaben Steuern unter gebührender Berücksichtigung des Verhältnisses des Wertes der Gruben zu dem gesamten steuerbaren Vermögen des Saarbedens zu zahlen.

Im Jahre 1924 kam ein Abkommen zwischen der Regierungskommission des Saargebietes und dem französischen Staat über die zu zahlenden Steuern der Grubenerwaltung zustande. Das Abkommen ist auch heute noch in Geltung. Nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages mußte zuerst der Wert der Gruben im Verhältnis zum gesamten steuerbaren Vermögen des Gebietes festgesetzt werden. Der Wert der Gruben wurde damals mit 346 Millionen Goldmark seitens des französischen Staates angegeben. Das steuerbare Vermögen, also der Besitz der Saarbevölkerung, wurde auf Grund einer vor dem Kriege stattgefundenen Einschätzung auf 1157 Millionen Goldmark festgesetzt. Unbestreitbar haben heute aber weder die Saargruben noch der Besitz der Saarbevölkerung auch nur annähernd diesen Wert; sie werden durch die Kriegsfolgen mindestens eine Entwertung auf die Hälfte erfahren haben, und durch die Mißwirtschaft der französischen Saargrubenerwaltung in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht und deren Rückwirkungen auf die Gesamtbevölkerung werden beide erheblich weiter gefallen sein. Aber das Verhältnis selbst zwischen dem Wert der französischen Saargruben und dem steuerbaren Vermögen der Saarbevölkerung dürfte sich nicht wesentlich verändert haben.

Es kam den französischen Beamten der Regierungskommission nun darauf an, einen möglichst geringen Steuerbetrag für den französischen Staat herauszurechnen, ohne allzu auffällig die vertraglichen Verpflichtungen zu verletzen. Jedes Mittel dazu war recht. Man ging dabei in einer Weise vor, die am verständlichsten an den augenblicklichen Steuerverhältnissen erläutert wird. Zunächst wurden vom Haushalt des Saargebietes alle durchlaufenden Posten, z. B. die gesamten Ausgaben bei Post und Eisenbahn, abgezogen und nur der Passivsaldo dieser Betriebe berücksichtigt. Kann man vielleicht hierüber noch zweierlei Meinung sein, so lag bestimmt kein Grund vor, unter der Vorgabe, daß die Grubenerwaltung ihre aufkommenden Zölle und die Umsatzsteuer auf ihre Geschäfte zähle, auch die Einnahmen an Zöllen (180 Millionen Franken) und an Umsatzsteuer (52 Millionen Franken) am Endbetrag des Gebietshaushaltes einfach abzuziehen. Dadurch reduzierte man den Haushalt des Gebietes und dessen Steuerbedarf künst-

lich von 539 auf 327 Millionen Franken. Damit wäre eine Steuerpflicht der Gruben gegeben gewesen in dem Verhältnis, wie es dem Wert der Saargruben mit 346 Millionen Goldmark gegenüber einem Besitz der Saarbevölkerung von 1157 Millionen Goldmark entspricht, d. h. die Grubenerwaltung hätte 23 v. H. der Ausgaben des Gebietshaushaltes zu tragen gehabt.

Das war den französischen Beamten der Regierungskommission auch nach der Reduktion durch den Abzug von über 212 Millionen Franken für Zölle und Umsatzsteuer noch viel zuviel. Man führte deshalb als steuerbares Vermögen auch die „kapitalisierte Arbeitskraft“ der Bevölkerung mit 858 Millionen Goldmark in diese Steuerrechnung ein. Daß in der Saarkolonie solche Methoden, wie sie nur beim Sklavenhandel üblich sind, angewandt wurden, ist bei der französischen Denkweise nicht gar zu überraschend. Aber daß der Völkerratsrat diese Methode der Steuerberechnung trotz unserer Beschwerden so glatt geschluckt hat, vergrößert den Passivsaldo dieser Institution nicht unerheblich. Durch diese Machenschaft gelang es nun, den Prozentsatz, den der französische Staat zum Gebietshaushalte zu zahlen hat, von 23 auf 15 v. H. zu senken. Man kam dadurch von 124 Millionen Franken (23 v. H. von 539) auf rund 49 Millionen Franken (15 v. H. von 327), also man sparte für die französische Staatskasse zu Lasten der Saarbevölkerung 75 Millionen Franken jährlich.

Noch ganz anders ging man bei der Bemessung des Anteils der Gruben an dem Steueraufkommen der Kommunen vor. Dieses Steueraufkommen wird heute auf eine Gesamtsumme von 500 Millionen Franken geschätzt. Auch für diese Steuerleistung gilt der Grundsatz des § 13 des Saarstatutes, und die Saargrubenerwaltung hätte nach unserer Rechnung 23 v. H. der Steuern = 115 Millionen Franken, nach ihrer eigenen Rechnung immerhin 15 v. H. = 75 Millionen Franken zu zahlen gehabt. Das duldet der französische Sinn für das Wohl der Menschheit, die Freiheit der Unterdrückten und andere schöne Dinge auf Erden nicht, auch wenn es mit dem geheiligten Versailler Vertrage in Übereinstimmung war. Aber man war großzügig. Man sah, daß vor dem Kriege die Gemeinden von den Saargruben nur 2,4 Millionen Goldmark Steuern erhalten hatten, die man auf 5,2 Millionen Goldmark = 19,2 Millionen Franken erhöhte, weil man doch nicht ganz die feither eingetretenen ungeheuerlichen Mehrbelastungen der Kommunen, insbesondere auf sozialem Gebiete, übersehen durfte. Setzt man allerdings diese 19,2 Millionen Franken in Vergleich mit den 115 Millionen Franken, die wir oben erachtet haben, so zählt der französische Staat auch an die Kommunen rund 95 Millionen Franken im Jahre Steuern zu wenig.

Wir kommen damit auf die sehr saubere Rechnung, daß der französische Staat augenblicklich etwa 170 Millionen Franken im Jahre Steuern zu wenig zahlt. Auch wenn man diese Summe als für die besseren Zeiten der Vergangenheit zu hoch annehmen will (da damals die Ausgaben für unser Gebiet und unsere Gemeinden bei dem besseren Geschäftsgang von Industrie und Handel geringer waren), so wird man doch sagen müssen, daß in den acht Jahren seit 1924 der französische Staat ungefähr eine Milliarde Franken = 160 Millionen Mark Steuern zu wenig an das Saargebiet und die Gemeinden gezahlt hat. Was helfen alle Schutzparagraphen im Versailler Vertrag, wenn sie nicht ausgeführt werden? Wäre dieser § 13 des Saarstatutes wirklich durchgeführt worden, so würde der französische Staat nicht sehr viel Freude an dem Grubenbesitz haben. Denn stilllegen könnte er die Gruben nicht, da durch die zunehmende Arbeitslosigkeit automatisch die Kosten des Gebietshaushaltes wie der Gemeinden erheblich wachsen würden, und damit der Anteil, den der französische Staat von den Ausgaben des Gebietes und von den Ausgaben der Bevölkerung an die Gemeinden gemäß § 13 des Saarstatutes zu entrichten hat, entsprechend wachsen würde. Tatsächlich kann der französische Staat fast nur durch eine hochintelligente Führung der Gruben mit einem Minimum an Steuern durchschlagen. Aber da die hierzu erforderlichen Persönlichkeiten dem französischen Staate nicht beliebig zur Verfügung stehen, so hat man den einfacheren Weg gewählt, die rechtlose Saarbevölkerung durch

Vereinbarungen zwischen den französischen Beamten der Regierungskommission und den Beamten des französischen Staates um gewaltige Steuerbeträge unter nachdringlicher Duldung des Völkereinstandes zu bringen.

Ein anderes Kapitel, um das zur Zeit zwischen dem französischen Staat und man kann sagen der gesamten Saarbevölkerung gerungen wird, ist die Bezahlung unserer Bergarbeiter durch die französische Saargrubenverwaltung. Die Grubenverwaltung hat im Frühjahr dieses Jahres wegen Arbeitsmangels 5000 Bergleute entlassen; den verbliebenen Rest der Belegschaft hat sie rund ein Drittel der Arbeitsstunden feiern lassen. Dadurch ist diesen Bergleuten allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres ein Lohnausfall von rund 100 Millionen Franken entstanden. Im Augenblick finden Verhandlungen zwischen dem französischen Arbeitsminister Daladier und den Vertretern der Bergarbeiterschaft über die Rückgängigmachung einer von der Saargrubenverwaltung aufgezogenen weiteren Kohlenzoll von 14 v. H. statt. Es ist anzuerkennen, daß Herr Daladier, der überhaupt wohl zu den klügeren französischen Politikern dieser Zeit gehört, zunächst einmal dieses Kohndiktat für den Monat Oktober aufgehoben hat und die Angelegenheit selber prüfen will. Es liegt zweifellos nicht im Interesse des französischen Ansehens, wenn die französische Grubenverwaltung, nachdem sie ihren maximalen Arbeiterstand um über 25 000 Mann gekürzt und weitere 15 000 Mann durch freiwilligen außer Arbeit gesetzt hat, also praktisch nur rund 40 v. H. der höchstbeschäftigten Zahl der Bergarbeiter in Vollarbeit erhält, die unermessbaren Schwierigkeiten der Wirtschaftslage auf die Bergleute allein abwälzen will. Wenn von Seiten der Vertreter der Grubenverwaltung unsere Bergleute gegenüber immer mit den niedrigen Kohlenpreisen der Industrie zu operieren versucht wird, so ist daran erinnert, daß selbst die billige Kohlenstoffe, die hier im Saargebiet verkauft wird, d. i. die Kokssteine, in der Kohlenzubereitung aus Grube noch um 57 v. H. teurer ist als die auf dem freien Markt verkauften hochwertigen Kohlen des großen Kohlengebietes um die holländisch-deutsch-belgische Grenze; und für die gewöhnlichen

oder ausgekauften Sortimente sind die Preise für die Verbraucher noch ungünstiger. Herr Daladier ist deshalb vor die Aufgabe gestellt, nachzuprüfen, worin die Fehler der Derwallung bestehen oder wieweit die Ungunst der Wirtschaftsverhältnisse schuld an ungünstigen Ergebnissen ist. Die Bergleute und ihr Arbeitsfleiß, gegen den kein Mensch etwas sagen kann, sind gewiß nicht schuldig und auch nicht in der Lage, die Sache in Ordnung zu bringen. Alte Sünden der Betriebsführung sind aber im Vergleich meist nur nach längerer Zeit in Ordnung zu bringen, besonders bei einer Derwallung wie diejenige der französischen Saargruben, die in all ihren Maßnahmen und insbesondere in den Investitionen zum Ausbruch bringt, daß sie in absehbarer Zeit aus dem Saargebiete scheiden muß. Man kann eben letzten Endes eine Politik auf lange Sicht, wie sie eine gut geführte Grubenverwaltung treiben muß, unmöglich mit einer Betriebsführung vereinigen, die auf Abbau eingerichtet ist und infolgedessen nichts investieren will.

Wir sind im Saargebiet durchaus gewöhnt, die einzelnen Menschen in Frankreich nach ihrer Politik zu beurteilen. Die Briand bei uns trotz vieler Rückfälle und Konjessionen, die er dem französischen Internationalismus machte, sein Ansehen behielt — wie der greise, kürzlich verstorbene Präsident des Verwaltungsrates der Saargruben, Arthur Fontaine, trotz aller Hemmungen, die auch seinem Wirken begegneten, immer als ein fluger menschenfreundlicher Mann vor uns stehen wird —, so hoffen wir, daß in der Behandlung der Bergarbeiterfrage sich seit langen Jahren der vielgerühmte französische Bonjens einmal wirklich bemerkbar machen wird. Das würde bei uns keine unaussprechliche Dankbarkeit hervorrufen, zu der angefaßts der vielen Kränkungen und Derwallungen, die wir erlitten haben, kein Grund vorliegt — aber es würde doch die Hoffnung aufkommen lassen, daß es auch in Frankreich Leute an maßgebender Stelle gibt, mit denen man untragbare Dinge vernünftig besprechen und regeln kann. Und das wäre in heutiger Zeit ein weithin sichtbares Merkmal. Hoffentlich erleben wir nicht, wie so oft, auch hier wieder eine bittere Enttäufung.

## Entwicklung und Stand der Berliner Derwallung

Von Magistratsrat Dr. Haas, Berlin.

Die Weisheit Berlin, die 1920 aus 94 selbständigen Stadt- und Landgemeinden gebildet worden ist, scheint allmählich die räumliche und verfassungsrechtliche Gestalt zu erhalten, die ihrer Entstehung, Zusammenlegung und Bedeutung entspricht. Die Entwicklung hat mit zunehmender Deutlichkeit gezeigt, daß für Berlin nicht etwa lediglich Vorhandenes übernommen werden kann, sondern neue Wege gegangen werden müssen. Der Gesetzgeber von 1920 hat den Fehler gemacht, die seit 1855 geltende Magistratsverfassung (Zweimarkensystem) der östlichen Städteordnung auf eine Riesenschicht wohl für Haupt und Glieder zu übernehmen. Berlin hat als einzige benutzte Stadt eine Gesamtverwallung, die Stadtgemeindevewallung heißt, und darunter und daneben 20 Bezirksverwallungen. Die Stadtgemeindevewallung besteht aus 225 Mitglieder der starkes Stadtverordnetenversammlung und einen 18 Mitglieder (12 bezirks- und 6 unbesoldete) zählenden Magistrat. Jeder der 20 Derwallungsbezirke hat für sich eine aus 10 bis 45 Bezirksverordneten bestehende Bezirksverwallung und ein aus 5 bis 7 bezoldeten und 6 bis 8 unbesoldeten Stadträten gebildetes Bezirksamt. Die Zahl der gesamten Bezirksverordneten beträgt gegenwärtig 780. In besoldeten Bezirksamtsmitgliedern sind zur Zeit 102 und an unbesoldeten 119 vorhanden. Dem Magistrat steht der Oberbürgermeister vor und der Bezirksamtern der Bezirksbürgermeister. Die für die Stadtgemeindevewallung die Stadtverordnetenversammlung der Vertretungskörper und das Beschlufsgremium ist, stellen die Bezirksverwallungen die Vertretung der Derwallungsbezirke und deren Beschlufsgremien dar. Zweites Beschlufsgremium ist in der Stadtgemeindevewallung der Magistrat, und in den Derwallungsbezirken, wenn auch in wenigen Fällen, das Bezirksamt. Letzteres ist das Derwallungsgremium des Bezirks. Bis 1951 galt dies auch für den Magistrat. Durch die Zoelle von 30. März 1951 ist in dieser Beziehung eine einschneidende Änderung eingetreten. Besteht ist der Oberbürgermeister wie der Bürgermeister in der Rheinischen Derwallung der Führer der gesamten Derwallung und damit das Derwallungsgremium. Alle Erklärungen und Verpflichtungen der Stadt Berlin gehen seitdem nicht mehr unter dem Namen des Magistrats, sondern unter dem des Oberbürgermeisters. Wichtig sind in der Zoelle von 1951 die Vorschriften über die Zuständig-

keitsregelung zwischen der Stadtgemeindevewallung und den Derwallungsbezirken. Bis dahin fehlte eine lokale gesetzlich bestimmte und befriedigende Regelung. Es war dies vielleicht der größte Mangel der Berliner Derwallung. Im Frühjahr dieses Jahres ist den städtischen Körperschaften selbst das Erforderliche in einer Ortsfassung beschlossen worden.

Das preussische Ministerium des Innern hatte bei seinen Neuerungen im Jahre 1951 zuerst die Absicht, auch die Derwallung der Derwallungsbezirke neu zu gestalten. Die vorgesehenen Körperschaften sind jedoch den Vorschlägen des Ministeriums nicht gefolgt, und so ist es im wesentlichen bei einer Reform der Stadtgemeindevewallung geblieben. Die Verhältnisse haben sich inzwischen weiterentwickelt und sehen gegenwärtig so, daß in Balde auch eine Neugestaltung der Bezirksverwallung kommen muß und wird. Ihre Ein- und Durchführung ist durch die Tatsache begünstigt, daß im kommenden Frühjahr die Wahlen von 65 besoldeten Bezirksamtsmitgliedern ablaufen und im gleichen Jahr, bestimmt im Herbst, Gemeindevahlen stattfinden. Die tatsächlichen Verhältnisse und die Rechtslage sind jedoch derart, daß die Stadt selbst die notwendigen und durchgreifenden Reformen nicht erstellen kann, sondern des Landesgesetzgebers bedarf. Ausgichts dieser Lage und bei der Dringlichkeit der Angelegenheit ist das Eingreifen des mit der Wahrung der Geschichte des preussischen Ministeriums des Innern beauftragten Reichskommissars durch zwei Erlasse vom 19. September nicht verwunderlich. In den Erlässen ist die Stadt aufgefordert, zum Zwecke der Vereinfachung und Derwallung der Derwallung (sowohl eine räumliche wie eine verfassungsrechtliche Neugestaltung der Derwallungsbezirke vorzunehmen bzw. vorzuschlagen. Auf Grund ergeblicher Vorarbeiten ist es möglich gewesen, daß der Magistrat bereits eine Woche darauf eine zusammenfassende und abschließende Neugestaltung der Derwallungsbezirke beschlossen und der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt hat.

In räumlicher Beziehung sollen nach dem Beschluß die 20 Bezirke auf 9 Bezirke herabgesetzt werden. Es geschieht dies im allgemeinen durch Zusammenlegung von zwei oder drei bestehenden Bezirken. Lediglich in zwei Fällen hat eine Aufteilung eines Bezirkes stattgefunden. Die neuen Bezirke haben eine Größe von 3500

bis 12 700 Hektar Gesamtfläche und von 165 000 bis 900 000 Einwohnern. Heute liegen die Größenunterstufende bei 877 bis 12 734 Hektar und zwischen 60 000 und 360 000 Einwohnern. Die neuen Bezirke sind somit teilweise Riesenzirke, die unseren größten deutschen Städten gleichkommen. Der bevölkerungsreichste Bezirk wird von der sogenannten City gebildet, die völlig ausgebaut ist und eher an Bevölkerung ab- als zunimmt. Die übrigen Bezirke haben überwiegend neben ausgebauten Teilen viel Siedlungsland.

Der Bezirksratneubau geht eine neue Bezirksratsfassung voraus. Ihre Hauptmerkmale sind:

Die Zusammenfassung des Vertretungs- und Beschlusskörpers mit dem Verwaltungsgang in einem Organ, also Vereinigung der Bezirksversammlung mit dem Bezirksamt. Das neue Organ führt die Bezeichnung Bezirksamt. Die Mitglieder heißen nicht mehr Bezirksbeordnete, sondern Bezirksräte; für jeden Bezirk sind 24 bis 30 vorgesehen. Der Vorsitzende des Bezirksamts ist der Bezirksbürgermeister. Er ist wie der Bürgermeister in der Rheinischen Darstellung der Gemeindeordnung des Bezirks. Die Zuständigkeit in der Verwaltungsarbeit ist zwischen ihm und dem Bezirksamt geteilt. Der Bezirksbürgermeister führt die laufenden Verwaltungsgeschäfte allein. Es stehen ihm zur Hilfeleistung und Vertretung in bestimmten Geschäftszweigen besoldete Bezirksräte zur Seite. Ein Bezirksratrat ist sein ständiger Vertreter. Die Stellung der

Bezirksräte gleicht der der Beigeordneten der Rheinischen Bürgermeisterversammlung. Unbesoldete Bezirksräte sind nicht vorgesehen.

Die Einkörperschaftsverfassung in Verbindung mit der Rheinischen Bürgermeisterversammlung ist deswegen für die Bezirke gewählt worden, weil die Hauptarbeit der Bezirke in dem eigentlichen Verwalten liegt. Die Beschlussfassung, das ist die Willensbildung der Stadt Berlin, ist ausschließlich bei den Organen der Stadtgemeindevorwaltung.

Der Entwurf des Magistrats glaubt in der Verbindung von Beigeordneter Einkörperschaftsverfassung mit der Rheinischen Bürgermeisterversammlung die für die Bezirke angemessene Form gefunden zu haben, die noch eine wirksame Beteiligung der Bevölkerung ermöglicht. Die gesamte Neugestaltung bringt ohne Zweifel eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung. Diese beabsichtigten Folgen werden zwar in vollem Umfange nicht im ersten oder zweiten Jahr eintreten; aber mit der Zeit wird es sich zeigen, daß sowohl eine geringere Zahl von Bezirken als auch die Zusammenfassung der Bezirksaufgaben in wenigen Organen die Verwirklichung des gesteckten Zieles bringt.

Wenn die vorgesehene Neugestaltung, deren Durchführung große Schwierigkeiten vor allem in personeller Beziehung enthält, Geseft geworden ist, dürfte die Verwaltungsreform von Berlin im wesentlichen ihren Abschluß gefunden haben.

## Die deutsche Kolonialbewegung und ihre Ziele

Von Gouverneur z. D. Dr. Heinrich Schnee,

Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft

Deutschland hat in früheren Jahrhunderten teilgenommen, als die seefahrenden Nationen Europas, erst die Spanier und Portugiesen, dann die Holländer, Engländer und Franzosen, in allen Erdteilen Kolonien gründeten. Die Ursache war nicht fehlender Wagemut; denn in weitestem Umfange sind gerade Deutsche ausgewandert und haben an der Erschließung und Entwicklung der von fremden Nationen erworbenen Kolonialgebiete teilgenommen. Es war vielmehr die unselbige deutsche Zersplitterung, die dahin führte, daß das deutsche Volk sich in dynastischen und konfessionellen Streitigkeiten erschöpfte und nicht die nationale Geschlossenheit fand, aus deren Grundlauge allein erfolgreiche staatliche Auskolonisation möglich ist. So erklärt es sich auch, daß es vor der Schaffung des Deutschen Reiches durch Bismarck, trotz der Anregungen einzelner, ihrer Zeit voraussehender Geister, zu keiner großen Kolonialbewegung in Deutschland kam. Erst

große Länder in Afrika und der Südsee als deutschen Kolonialbesitz erwarb. Die größte dieser Kolonien, Deutsch-Ostafrika, hatte Dr. Karl Peters durch rasches, tatkräftiges Vorgehen für Deutschland gewonnen. Ein gewaltiges Kolonialreich war dem deutschen Volk gesichert, das auch in der Einschränkung, die es in internationalen Verhandlungen unter Bismarcks den Kolonien abgeheimtem Nachfolger Caprioli erfuhr, immer noch die sechsache Fläche des gegenwärtigen Deutschen Reiches umfaßte.

Es begann die Zeit deutscher kolonialer Tätigkeit auf eigenen Kolonialen Grund und Boden. Zunächst war erforderlich die Herstellung von Frieden und Ordnung in jenen noch gänzlich unentwickelten Ländern, welche unter deutsche Schutzherrschaft genommen waren. Jaß allenthalben fanden die Eingeborenen im Kampf gegeneinander. Kriegerische Stämme suchten das Land mit Mord, Raub und Verwüstung heim.

nach der Reichsgründung, mit dem Aufsteigen deutscher Macht und deutscher Wirtschaft, wurden weitere Kreise von dem Gedanken erfaßt, daß für Deutschlands Zukunft die Erwerbung von Kolonien notwendig sei.

Im Jahre 1882 wurde in Frankfurt am Main unter dem Vorsitz des Fürsten Hermann zu Hohenlohe-Langenburg der „Deutsche Kolonialverein“ zur Förderung kolonialer Bestrebungen gegründet, der einige Jahre später mit der von Dr. Karl Peters zum Zwecke unmittelbarer kolonialer Erwerbungen errichteten „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ verschmolzen wurde. In diesen Tagen, am 14. Oktober, begeht die „Deutsche Kolonialgesellschaft“ ihre 50-Jahr-Feier durch eine Festigung im Reichstag. Gleichzeitig findet vom 12. bis 17. Oktober die Koloniale Tagung der in der Kolonialen Reichsarbeitgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände statt.

Eine starke koloniale Bewegung wurde durch die Männer entfacht, die sich so für den kolonialen Gedanken einsetzten. Es war wesentlich mit unter dem Einfluß dieser Bewegung, daß Bismarck die Wendung zur Kolonialpolitik sojog und



Deutsche Kultur auf ostafrikanischer Steppe. Ob. Kirche in Eldoretshof

Flaunenraub und Sklavenhandel übten ihre verheerende Wirkung gerade in den größten und wertvollsten tropischen Schutzgebieten aus. Es waren große Anstrengungen erforderlich, um jene Übel zu beseitigen. Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat zu ihrem Teil, besonders durch Gründung des Antisflavenerektkomitees und damit im Zusammenhang stehende Aufführungs- und sonstige Bemühungen, wesentlich dazu beigetragen, daß diese Bekämpfung wirksam durchgeführt werden konnte. Es ging dabei nicht ohne größere Kämpfe ab, die die jappesen Säugtruppen und Polizeitruppen — in Deutsch-Südwestafrika Weiße, in den übrigen Kolonien farbige unter deutscher Führung — erfolgreich befehdeten.

Mit der allgemeinen Befriedung, mit der Einrichtung einer geordneten Verwaltung und Rechtspflege, mit dem Bau von Eisenbahnen und anderen Verkehrswegen wurde die Grundlage für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Kolonien geschaffen. Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat zu dieser Entwicklung nach Kräften beigetragen. Auf wirtschaftlichem Gebiete wirkte neben ihr mit gutem Erfolge das aus ihr entstandene Kolonialwirtschaftliche Komitee, welches durch Anregungen und direkte Einwirkungen die Aufnahme der Baumwollkultur und anderer für die deutsche Industrie wichtiger Kulturen in den Kolonien förderte. Wenn den

draußen tätigen Kolonialpionieren immer wieder aus der Heimat Anregung und Förderung zuteil wurde, so hatte die Deutsche Kolonialgesellschaft daran hervorragenden Anteil. Neben ihr wirkten mit gutem Erfolge andere Vereine, die sich später, meist zur Pflege besonderer Aufgaben auf kolonialem Gebiet, gebildet hatten, insbesondere der Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft und der Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien.

Deutscher Fleiß und deutsche Tüchtigkeit hatten in der kurzen Spanne Zeit von 50 Jahren, die zwischen dem Erwerb der Kolonien und dem Ausbruch des Weltkrieges verfloßen waren, große Strecken fröhlicher Wildnis in blühende Pflanzungen und Farmen verwandelt. Schön gebaute saubere Städte waren in verschiedenen Kolonien entstanden. Die deutsche Kolonialverwaltung hatte die Grundlage für friedliche wirtschaftliche Entwicklung geschaffen und insbesondere den Eingeborenen die Sicherheit für Leben und Eigentum gegeben, die sie früher nie gekannt hatten, und Schutz gegen Willkür und Bedrückung. So konnte die wirtschaftliche Entfaltung der Kolonien vor sich gehen, wie sie im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege in einer Veräuflichung der Zahlen des Außenhandels der Kolonien in die Erscheinung trat. Daneben fand die kulturelle Arbeit für die Pflege und Hebung der Eingeborenen, ein Aufblühen deutscher Kolonialgeschichte. Auch hieran hat die Deutsche Kolonialgesellschaft mitgewirkt. Besonders große Leistungen wurden vollbracht auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung und Gesundheitspflege, auf dem der große Robert Koch in persönlichem Wirken in deutschen Kolonien die Grundlage gelegt hatte, und mit ihm und nach ihm hervorragende deutsche Ärzte und Bakteriologen zum Heil der bis dahin schulplos den Seuchen und Krankheiten preisgegebenen Eingeborenenbevölkerungen wirkten. Bedeutende Mittel wurden von der Deutschen Kolonialverwaltung für diese Zwecke verausgabt, die modernsten Methoden und Heilmittel wurden mit Erfolg angewandt, um der volkreichernden Seuchen, wie Pocken, Schlafkrankheit usw., Herr zu werden. Besonders groß waren auch die deutschen Leistungen auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichtswesens der Eingeborenen. Darin haben neben den ausgezeichneten Regierungsschulen, Handwerkerschulen, landwirtschaftlichen Berufsstationen auch die Missionen heber Konfessionen Hervorragendes geleistet in ihren zahlreichen Schulen und sonstigen Einrichtungen zur Erziehung und Pflege der Eingeborenen.

Daß die Eingeborenen diese unsere Tätigkeit anerkannt haben, dafür liefert den besten Beweis ihre treue Haltung während des Weltkrieges (von seltenen Ausnahmen abgesehen) in den Kolonien. In besonders hohem Maße gilt das von Deutsch-Ostafrika, wo die Treue der Eingeborenen das Durchhalten bis zum Abschluß des Waffenstillstandes in der Heimat ermöglichte. Auch nach dem Kriege sind immer wieder Zeugnisse dafür bekannt geworden, daß die Eingeborenen ihre Anhänglichkeit an die deutsche Sache bewahrt haben und unsere Rückkehr wünschen.

Feindliche Kriegspropaganda stellte der Welt ein Zerrbild deutscher Kolonialtätigkeit vor die Augen, die das Gegenteil der Wirklichkeit war. Unter dem sadencheinigen Vorwand „deutscher kolonialer Unfähigkeit und Unwürdigkeit“ wurde Deutschland in dem Versailles Diktat der Verzicht auf seine sämtlichen überseeischen Besitzungen aufgezwungen. Die

deutschen Kolonien wurden unter fremde Mandatverwaltung gestellt.

Während der Kriegszeit hatte sich die Deutsche Kolonialgesellschaft darauf beschränken müssen, nach Möglichkeit eine Fürsorge für die vertriebenen und gefährdeten Kolonialdeutschen eintreten zu lassen. Nach Kriegsende nahm sie führender Anteil am Kampfe gegen den beabsichtigten Raub der deutschen Kolonien, der jedoch trotz aller deutschen Proteste durch das Versailles Diktat in die Tat umgesetzt wurde. Seitdem steht die Deutsche Kolonialgesellschaft Seite an Seite mit den in der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbänden in härtesten Ringen um die Wiedererwerbung der deutschen Kolonien. Der deutsche Anspruch gründet sich einmal darauf, daß dieser Raub als solcher rechtswidrig ist; denn er steht im Widerspruch zu der vereinbarten Friedensgrundlage der „14 Punkte Wilsons“, nach dessen Punkt 5 „eine freie, weitherige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche“ erfolgen sollte. Der Anspruch gründet sich weiter darauf, daß die von den Alliierten als Grund für die Wegnahme der Kolonien aufgeführte Behauptung von Deutschland Verjagen in der kolonialen Zivilisation, von seiner Unfähigkeit und Unwürdigkeit, als Stütze erwiesen ist. Der Mafel, der durch solche Behauptungen auf die deutsche Ehre geworfen ist, muß beseitigt werden. Aber bei der Forderung der Rückgabe der Kolonien handelt es sich gleichzeitig um eine Lebensnotwendigkeit unseres Volkes, dessen so schmale Bodengrundlage für die Erhaltung und das Gedeihen seiner Bevölkerung nicht ausreicht. Wir bedürfen eigener kolonialer Rohstoff- und Absatzgebiete ebenso wie kolonialer Siedlungsgebiete. Wir müssen wieder Kolonien haben, vor allem auch für die Zukunft unserer Jugend, die nach Betätigung drängt, und für die in den engen heimischen Verhältnissen nicht genügende Möglichkeit vorhanden ist.



Schultruppentanz im ehem. Deutsch-Ostafrika

Diese Aufgabe bemüht sich die Deutsche Kolonialgesellschaft und mit ihr die anderen Verbände der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft zu erfüllen dadurch, daß sie im Innern für die Bildung einer einheitlichen kolonialen Überzeugung im deutschen Volke wirkt, und daß sie nach außen diesem kolonialen Gedanken Geltung zu schaffen sucht. Gleichzeitig setzt sie sich nach Kräften für die in den nunmehrigen Mandatgebieten tätigen Deutschen ein, besonders auf dem Gebiete des Schulwesens und sonstiger kultureller Einrichtungen.

Das Hauptziel, die Wiedererwerbung der deutschen Kolonien, konnte bisher nicht erreicht werden. Noch fehlen sämtliche deutschen Kolonien unter fremder Mandatverwaltung. Aber Fortschritte sind nicht nur nach innen, sondern auch nach außen gemacht worden. Die kolonialen Schulblühe hat in den meisten Ländern ihre Bedeutung verloren. In stetig wachsenden Kreisen gerade der Länder, die mit Deutschland im Kriege standen, wächst die Erkenntnis, daß die dauernde Ausschaltung des großen deutschen Volkes aus eigener Kolonisation nicht im allgemeinen Interesse liegt. So wird allmählich der Boden gebiet für einen Wiedereintritt Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte. Die Deutsche Kolonialgesellschaft und die übrigen in der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände werden den Kampf weiterführen, bis das Ziel erreicht ist, bis Deutschland wieder eigene Kolonien besitzt, in denen deutsche Männer und Frauen leben und arbeiten können.



Eisenbahnbrücke im ehem. Deutsch-Ostafrika



# Die Deutsche Luftsport-Ausstellung (Dela), Berlin

(1. bis 23. Oktober 1932)

Seit Berlin sich rund um den Funkturm das weitgedehnte Messelände mit den vier großen Ausstellungshallen geschaffen hat, löst dort beständig ohne Unterbrechung eine interessante Schau die andere ab. Eben ist die Funk-Ausstellung vorüber, und schon hat die Deutsche Luftsport-Ausstellung (Dela) ihre Pforten aufgetan, die während des größeren Teiles des Oktobers gefeiert werden soll.

Die Bedeutung ist bescheiden im Vergleich zur Sache. Gewiß läßt die Darstellung des Luftsportes im Rahmen der Schau nichts

bewegungen, die der Besucher ausführt, richtig zu reagieren vermag. Außerhalb des Rahmens ist ein normaler Flugzeugführer aufgestellt, dessen Steuergriffe und -stäbe mit den Kontrollorganen des eingeschlossenen Flugzeuges in Verbindung stehen und vom Besucher betätigt werden können.

In einer Ecke des Raumes stellt sich die Luftpolizei vor, die uns Kondratten meist ganz unbekannt ist. Bilder und kartographische Darstellungen zeigen, daß der Überlandflug eine neue Bodenorganisation im Gefolge gehabt hat, die mit ihrem eigenartigen

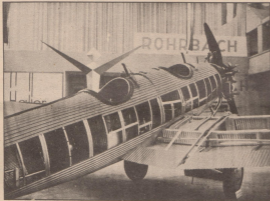


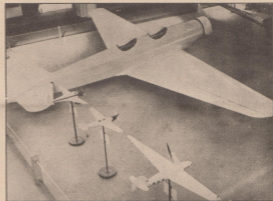
Bild in das Innere eines Junkers-Sportflugzeuges

zu wünscheln übrig. Kein Name, keine Zahl, kein Ereignis, keine Maschine fehlt. Aber die Ausstellung ist mehr. Sie schildert den Kampf um die Eroberung der Luft in seinem ganzen bisherigen Verlaufe. Der Mensch begann, ihn zu führen, als er die Beherrschung des Meeres mit der Erfindung des Dampfschiffes eben bis zu einem gewissen Abschluß gebracht hatte.

Auf der Dela hängt ein Gemälde, das den Aufstieg einer Montgolfière in Weimar zeigt. Die Dorfleitung fand im Jahre 1811 statt. Goethe befindet sich unter den Zuschauern. Nahe bei diesem Bild ist ein Vorkämpfer erster Gleitflieger in getreuer Nachbildung zu sehen. Er gehört zu den Inventarieren eines Luftbau-Museums, das voraussichtlich im Frühjahr 1933 in Johannisthal bei Berlin der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll.

Der Beginn der Luftfahrt im modernen Sinne wird durch die Maschine der Brüder Wright gekennzeichnet, die schon jahrelang zu wenig geglaubten Gerüchten von „fliegenden Menschen“ Anlaß gegeben hatte, ehe sie aus der Einöde amerikanischer Prärien nach Europa kam und im Jahre 1909 auch den kühnen Deutschen auf dem Tempelhofer Feld vorgeführt wurde. Das Flugzeug von Gadebe, die Ampel-Taube und all die anderen Pionier-Maschinen schließen sich an.

Im Ausstellungsraum der modernen Flugzeug-Industrie zeigt Klemm eine neue vierflügelige Hefse-Klimofine. Heinkel stellt ein schmales Sportflugzeug für zwei Personen aus. Messerschmid kommt mit einer eleganten Sport- und Schulmaschine. Junkers, der einzige Vertreter des Metallbaus, hat seinen „Junior“ daneben aufgebaut. Es ist für den Käten höchst überraschend festzustellen, wie viele kleine Flugzeugfabriken vorhanden sind, von denen er kaum den Namen kennt. Wer kauft, wer fährt die „Epenlaub“, die „Aräutigam“ und wie sie alle heißen? Umdrängt ist eine nachgebildete Piccard-Gondel, die mitten in der Halle vor einem großen, halb aufgeblasenen Freiballon liegt. Das ganze Entzücken der Krachen bildet ein kleines Flugzeug im Glaskasten, das auf alle Steuer-



Zweiflügeliges Sportflugzeug

Signalwesen das Luftnetz einmal so wegfam machen wird, wie es der Ozean mit seinen Leuchttürmen und Feuerzeichen bereits ist. In der dem eigentlichen Luftsport gemibneten Reihen ist Elly Beinhorns Flugzeug die große Sensation. Die Bilder aller Flaggen der Erde prangen daran. Unzählige Hände haben in allen Sprachen der Welt gute Wünsche darauf geschrieben. Es ist dadurch Träger einer recht eigenartigen Handschriften-Sammlung geworden.

Kunstabilder mannigfacher Art geben einen Begriff davon, wie sehr die geographische Darstellung der Oberfläche unseres Planeten durch das Flugzeug gefördert wurde und werden wird. Eine weitere Ausstellungshalle beweist, daß das Flugzeug recht



Windmühlenflugzeug, dessen Flügel klappbar sind, so daß das Flugzeug auch als Automobil verwendet werden kann

eigentlich eine Sache der Jugend und damit der Zukunft ist. Eine fülle selbstgebauter Segelflugzeuge und sogar Motorflugzeuge legt von der Fähigkeit und der Energie zahlreicher junger Konstrukteure glänzendes Zeugnis ab. Die Entwicklung des Segelflugzeuges vom Papierdrachen bis zum modernsten Typ ist in einer Reihe aufschlußreicher Bilder dargestellt. Die jungen Techniker zeigen auf der Ausstellung aber nicht bloß die Ergebnisse ihrer Arbeit, sondern auch ihre Arbeit selbst. Es ist eine Werkstatt für sie eingerichtet, in der sie mit Feuerzifer an ihren Modellen tätig sind. Vor allem macht es ihnen Freude, hier mit reichlichem Material und raffinierten Apparaturen arbeiten zu dürfen, während sie zu Haus und in ihren eigenen Arbeitsräumen immer aus parfümierten Verbrauch und primitive Werkzeuge angewiesen sind. Zwei „Kollektive“ junger Techniker setzen dort auch einen Wettbewerb miteinander aus, der der Frage gilt, wer seinen Segelflieger zuerst flugfertig hergestellt haben wird.

Auch ein Besucher, der aus einer anderen Zeit stammt, als der, die sich auf der Dela kundgibt, kann sich dem starken Eindruck nicht entziehen, daß die Werke und die Wünsche, die hier zum Ausdruck kommen, eine neue Zielsetzung der Technik anfündigen.

Dr. Erich Ritter

## Zur Zeitgeschichte

### Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung

Das Memorandum, das der deutsche Außenminister Freiherr von Neurath am 29. August dem französischen Botschafter übergeben hat, ist von der französischen und von der englischen Regierung mit ausführlichen Noten beantwortet worden. Die französische Note sagte zwar nicht Nein, will jedoch einer klaren Antwort aus und betonte, Frankreich sei gar nicht kompetent für die Beantwortung der Frage, die Deutschland gestellt habe. Diese Frage gehöre vielmehr vor die Abrüstungskonferenz bzw. vor den Völkerverbund. Im übrigen beschuldigte die französische Regierung Deutschland des Strebens zur Aufrüstung. Die englische Note lehnte in klarer Form die juristische Argumentation der deutschen Note ab, betonte jedoch in ihrem zweiten Teil, daß es künftig nur ein für alle Staaten gültiges Abrüstungsregime geben müsse, in das auch die Abrüstungsbestimmungen des Versailles-Vertrages, soweit sie nicht abgeändert würden, hineinzunehmen seien. Der französische Ministerpräsident Herriot hat sodann in einer Sonntagsrede in Gramat zur Frage der Gleichberechtigung erneut Stellung genommen und den deutschen Anspruch indirekt zurückgewiesen. Dießmal sind von Papen hat ihm darauf in einem längeren Interview gewantwortet und Herriots unfaßliche Behauptungen und die von ihm erneut erhobene Anklage, Deutschland wolle aufrüsten, zurückgewiesen. Auf die englische und französische Note hat die deutsche Regierung nicht geantwortet, weil sie sich mit Recht von einem fortgesetzten Notenzug keine erfrischende politische Wirkung verspricht. Die englische Presse war sehr viel weniger ablehnend als die Note der englischen Regierung, und auch sonst hat der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung als eine moralische Selbstverständlichkeit in der Welt überwiegend Zustimmung gefunden, abgesehen natürlich in der Öffentlichkeit Frankreichs und seiner östlichen Bundesgenossen.

Die deutsche Regierung hat aus der Tatsache, daß es in der Zeit zwischen der Vertagung der Abrüstungskonferenz am 23. Juli und dem Wiedereintritt des Büros der Konferenz am 22. September nicht gelungen ist, die Frage der deutschen Gleichberechtigung zu klären, d. h. die Zustimmung der anderen Großmächte, besonders Frankreichs, herbeizuführen, die einzig mögliche Schlußfolgerung gezogen, die sie bereits am 23. Juli angeknüpft hat: Sie hat keinen Vertreter zu der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz am 22. September entsandt und dem Vorliegenden der Konferenz, Henderson, dies in aller Form mitgeteilt. Deutschland hat sich also von der Abrüstungskonferenz zurückgezogen und wird sich an die nicht mehr beteiligen, solange die Frage der deutschen Gleichberechtigung nicht gelöst ist. Die Wirkung dieser Tatsache hat sich sofort gezeigt. Die Verhandlungen des Büros waren ergebnislos, und das Büro wurde bald wieder vertagt. Inzwischen ergreif die englische Regierung die Initiative zu einer Viererkonferenz in London, zu der sie Frankreich, Deutschland und Italien einladet. Als Aufgabe dieser Konferenz bezeichnete sie die Befestigung der Umstände, die Deutschlands weitere Teilnahme an der Abrüstungskonferenz verhindern. Die deutsche Regierung hat diesem Plan zugestimmt mit dem Bemerkten, daß als Ausgangspunkt der Konvention Konferenz nicht die englische und französische Antwortnote, sondern das Schlußprotokoll der Konferenz von Kaufmann vom Juli dieses Jahres gelten müsse, das eine Regelung der Abrüstungsfrage im Sinne gegenseitigen Einverständnisses und der Gerechtigkeit in Aussicht nimmt. Die französische Regierung hat sich noch nicht definitiv geäußert, scheint aber Schwierigkeiten machen zu wollen.

Gegenüber den französischen Behauptungen, Deutschland sei es nicht um die Abrüstung, sondern um seine eigene Aufrüstung zu tun, muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß Deutschland einen klaren Rechtsanspruch auf die Abrüstung der anderen Völker nach den Maßstäben der deutschen Abrüstung hat, daß es ferner einen unabweisbaren naturrechtlichen und moralischen Anspruch auf gleiche Sicherheit wie die anderen Völker besitzt. Die deutsche Regierung hat auf der Abrüstungskonferenz sechs Monate lang sich um die allgemeine Abrüstung bemüht. Erst als klar wurde, daß die anderen Völker, vor allem Frankreich und seine Bundesgenossen, nicht bereit sind, dieselben Bindungen ihrer Wehrfreiheit zu übernehmen, die Deutschland auferlegt sind, hat Deutschland die Gleichberechtigungsforderung in aller Form gestellt. Sie bedeutet aus einfachem: Sollen die Bestimmungen über eine allgemeine Abrüstung, die die Abrüstungskonferenz anstrebt, künftig auch für Deutschland gelten oder soll Deutschland weiter, wie bisher, unter einem einseitigen Ausnahmestillschuldigen seiner Rüstungen stehen? Wird diese Frage verneint, so hat Deutschland auf der Abrüstungskonferenz nichts mehr zu suchen. Das bedeutet dann allerdings, daß die Ab-

rüstungskonferenz gescheitert ist, denn ohne Deutschlands Beteiligung, die sicher die Mitarbeit anderer Staaten nach sich ziehen würde, ist eine Weltkonvention über Abrüstung nicht möglich. Wer die deutsche Gleichberechtigung nicht will, will die Abrüstung nicht. Hierin liegt die große Verantwortung, vor der Frankreich steht. Wenn die französische Propaganda heute überall in der Welt Deutschland des Aufrüstungswillens zu verdächtigen sucht und es so hinstellen will, als ob die deutschen Ansprüche den Erfolg der Abrüstungskonferenz in Zweifel setzen, so ist dies eine Umkehrung ungleicher Tatsachen. Nicht Deutschland will aufrüsten, sondern Frankreich will nicht aufrüsten, und weil Deutschland durch seine einseitige Abrüstung in eine Lage höchst gefährlicher nationaler Unsicherheit geraten ist, die nur durch eine entscheidende Abrüstung seiner Nachbarn beseitigt werden könnte, muß es die Gleichberechtigungsforderung stellen, d. h. verlangen, das ihm aufgewungenen Abrüstungssystem an denjenigen anzupassen, das in Genf für die ganze Welt aufgestellt worden soll. Das deutsche Volk hat die lebenswichtige Bedeutung der Frage der Gleichberechtigung wohl verstanden und steht geschlossen hinter der Regierung, die diese Frage durchkämpfen wird und muß.

### Das Ergebnis der Genfer Minderheitenansprache

Genf hat wieder einmal eine umfangreiche Minderheitendebatte erlebt. Auch diesmal scheinen die Skeptiker Recht behalten zu sollen, die sich einen wesentlichen Fortschritt von einer solchen Diskussion nicht versprochen. Trotzdem wäre es abwegig gewesen, hätte man die Gelegenheit vorbeiziehen lassen, ohne aufs neue nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Lösung des Minderheitenproblems eine Teilfrage des Wiederaufbaues Europas bedeutet. Das Forum der politischen Kommission war klar nach Lage der Dinge die gegebene Plattform. Gerade an dieser Stelle mußte wieder einmal mit Deutlichkeit der große Zusammenhang, in den das Minderheitenproblem gefaßt ist, aufgezeigt werden. Eine Erörterung in diesem Gremium war um so mehr am Platze, als auch das Versagen des Völkerbundes bei der Durchführung des Minderheitenschutzes eine Enttäuschung und Enttäuschung bei den Minderheiten Platz gegriffen hat, die verantwortungsbewußte europäische Staatsmänner nicht mehr übersehen können. Die Erregung, die sich der Minderheiten bemächtigt hat, vergrößert die Beziehungen zwischen den Völkern und macht eine Annäherung der Staaten Europas immer mehr zur Unmöglichkeit. Auf diese Situation hingewiesen zu haben, ist das Verdienst der Reichsregierung, die damit die Strefenmäßige Tradition bewahrt hat.

Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß der Vorstoß Deutschlands doch mancherlei Erfolge gezeitigt hat. Die Opposition gegenüber den deutschen Reformvorstellungen ist merklich schwächer geworden. Dies wird besonders deutlich in der Haltung Frankreichs, das den ziemlich weitgehenden Vorschlägen Norwegens an Verbesserung des Verfahrens für die Beschwerden der Minderheiten zustimmt. Der englische Vertreter betonte in Übereinstimmung mit den von Deutschland entworfenen Grundgedanken, daß das gegenwärtig geltende Verfahren so weit als möglich verbessert werden müsse. In der Tat liegt hierin die wichtigste praktische Aufgabe, die der Völkerbund zu erfüllen hat, umschloffen. Man hätte nur wünschen sollen, daß die theoretischen Erörterungen auch zu einem praktischen Ergebnis geführt hätten. Die Befestigung der schwierigen Mischlinge setzt, wie immer wieder betont werden muß, keineswegs schwierige juristische Konstruktionen voraus. Es handelt sich lediglich darum, die Überwachungspläne, die der Völkerbund auf Grund der Minderheitenschutzverträge bzw. Deklarationen zugewiesen erhielt, in ihrer Ausübung sicherzustellen. Die Wichtigkeit der Materie verlangt gebieterisch, die Entbedingung einer Verletzung der Verträge nicht mehr dem Spiel des Zufalls zu überlassen. Bestimmtheit kann der Völkerbund erst bei einer Verletzung oder einer drohenden Verletzung der Verträge nur einschreiten, wenn ein Ratsmitglied den Fall bei dem Rat anhängig macht. Die tatsächlichen Grundlagen für ein solches Vorgehen aber können den Ratsmitgliedern nur durch einen geeigneten Ausbau der organisatorischen, dem Völkerbundsrat zur Verfügung stehenden Informationsquellen vermittelt werden. Zur Bildung eines Sachverständigenrates könnte hier den hohen zu stellenden Anforderungen genügt. Darüber hinaus wäre es auch erforderlich, daß über den Rahmen der in Madrid beschlossenen Durchforschungen hinaus eine größere Publizität in allen Angelegenheiten, die Minderheitenbeschwerden betreffen, Platz finde.

Wenn sich auch die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Reform, wie schon angedeutet, langsam Bahn zu brechen scheint, so hält

diese Entwicklung keineswegs mit der Verschärfung der politischen Spannungen und Schrift, die heute in Europa durch das immer noch unge löste und vielfach völlig falsch bewertete Minderheitenproblem vorhanden sind. Die folgende Zeit ist hier schon verloren worden. Immer und immer wieder haben die Minderheiten den Versprechungen vertraut, daß nimmere eine umfassende Neuregelung kommen werde, und jedesmal sind sie enttäuscht worden. Die psychische Situation, in der sich 40 Millionen europäischer Staatsbürger befinden, muß daher immer unerträglicher werden. Sie belastet nicht nur die Beziehungen zwischen den Staaten, sondern auch die Beziehungen zwischen Staat und Minderheit, auf deren glückliche Befestigung der Vertreter Frankreichs so großen Wert legte.

Man kann daher im europäischen Interesse nur wünschen, daß die Reformarbeiten nimmere mit allem Nachdruck aufgenommen werden. Dann würden die Ergebnisse der soeben abgeschlossenen Minderheitenabende in Genf den Skeptikern Unrecht geben, die da glauben, daß weiterhin alles beim alten bleiben werde.

Dr. J.

## Arbeitsbeschaffung durch Instandsetzung des Hausbesitzes

Für den Arbeitsmarkt spielt die Bauwirtschaft eine überaus bedeutende Rolle. Es liegt daher nahe, bei der Arbeitsbeschaffung in erster Linie die Bauwirtschaft zu berücksichtigen. Zwar sind, wie es allgemein bekannt, mit dem Zusammenbruch des Kapitalmarktes und der immer härteren Beanspruchung der öffentlichen Finanzen die Mittel für eine Finanzierung der Neubautätigkeit fast gänzlich versiegt. Die Folge ist eine erschwerende Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern, von denen in den glücklichen Monaten dieses Jahres noch nicht ein Viertel Arbeit gefunden hat. Um so wichtiger ist es daher, bei dem scharfen Rückgang der Neubautätigkeit dem Baugewerbe wenigstens durch Instandsetzungen- und Umbauarbeiten am vorhandenen Hausbesitz gewisse Anregungen zu geben. Die Erhaltung des Hausbesitzes durch rechtzeitige Reparatur fördert ein wesentliches Attribut unseres Volkseinkommens. Die Rettung verfallender Großwohnungen — deren Zahl recht hoch zu schätzen ist — verhindert den Verlust volkswirtschaftlichen Kapitals und führt dem Wohnungsmarkt neue, vermietbare Wohnungen zu. In Verbindung dieser Gesichtspunkte hat die Reichsregierung sich entschlossen, dem Hausbesitz, dessen eigene finanzielle Kräfte infolge des Einkommensrückganges weite Bevölkerungskreise hierzu nicht ausreichen, bei der Inangriffnahme von Reparatur- und Leistungsarbeiten Hilfe zu leisten. Schon die Notverordnung vom 14. Juni 1932 hatte hierfür 5 Millionen RM. bereitgestellt. Dieser Betrag sollte dazu dienen, in Form von Zinszuschüssen den Kapitalbesitzern solcher Kredite zu erleichtern, die den Hausbesitz für Reparatur- oder Leistungszwecke aufnehmen würde. Die Notverordnung vom 4. September 1932 ist auf dieser Bahn erheblich weiter gegangen. Zunächst einmal hat sie dem Hausbesitz Steuerzuschüsse in Höhe von 0,40 v. H. der Grundvermögenssteuer zur Verfügung gestellt. Die Reichsregierung hat die berechtigte Erwartung ausgesprochen, daß der Gegenwert dieser Steuerzuschüsse im eigenen Interesse des Hausbesitzes zur Instandhaltung und Verbesserung der Häuser verwendet wird. Außerdem hat die Reichsregierung einen Fonds von 50 Millionen RM. bereitgestellt, der an die Stelle der für die Zinszuschüsse vorgesehenen 5 Mill. RM. tritt. Darau wird allen Hausbesitzern, die im Laufe des bevorstehenden Winters Reparaturarbeiten im Hinblicksetzungen von 250 RM. je Grundstück ausführen lassen, ein Fünftel der entstandenen Kosten ersetzt. Bei Leistung von Großwohnungen oder bei Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen werden sogar 50 v. H. der Kosten als Zuschuß gewährt, jedoch mit der Maßgabe, daß für die einzelnen Einwohnungen höchstens 600 RM. gezahlt werden dürfen. Die Anträge auf Bewilligung der Zuschüsse sind an die von den Ländern bestimmten Stellen — in Preußen beispielsweise die Gemeinden — zu richten. Die Reparaturen, vor allem die Wohnungsteilungen, werden ferner durch weitgehende Zuerstverminderungen erleichtert. Auch bei der Beschaffung des neben den Zuschüssen erforderlichen Kapitals will die Reichsregierung — soweit es irgend in ihren Kräften steht — Hilfspflichten leisten. Sie hat sich daher bereit erklärt, durch Bürgschaften die Finanzierung der Arbeiten im Wechselwege zu ermöglichen und wird auch ihre Mitwirkung bei der Verwendung der Steuerzuschüsse im Interesse der Arbeitsbeschaffung nicht versagen.

Alle diese Maßnahmen werden zweifellos den Hausbesitzern einen erheblichen Anreiz bieten, gerade jetzt Arbeiten an den Grundstücken vornehmen zu lassen. Es ist zu hoffen, daß damit zusätzliche Aufträge mobilisiert werden, deren Wert sich auf mehrere hundert Millionen Reichsmark belaufen kann. So soll dem schwer eingetunden Baugewerbe über die bevorstehenden Wintermonate hinweggeholfen werden. Die Maßnahmen bedeuten zugleich eine wertvolle Hilfestütze für den Mittelstand, wie er gerade im Bauhandwerk und Hausbesitz verkörpert ist.

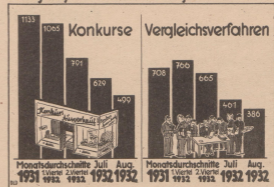
Dr. J. S.

## Ein Zeichen wirtschaftlicher Entspannung?

Nichts war im vorigen Jahre kennzeichnender für die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland als die Hochflut der Konkurse und Vergleichsverfahren. Unter dem ebernen Druck wachsender Abfahmungen, sinkender Preise und ungeheurer Kreditverschlechterungen drachen nicht nur frange oder schlecht gestellte Unternehmen zusammen, auch an sich gesunde und leistungsfähige Firmen wurden in den vernichtenden Strudel hineingezogen. Um so beachtenswerter erscheint daher die Abnahme der Konkurse und Vergleichsverfahren, wie sie seit dem Hochstande vom Herbst 1931 zu beobachten ist. Und was diesen Rückgang besonders auffällig macht, das ist das beschleunigte Tempo, in dem er sich, namentlich seit Beginn dieses Jahres, vollzogen hat. Im Oktober 1931 wurden arbeitsmäßig 53 Konkurse eröffnet, im August 1932 nur noch 18 bis 19. Damit ist sogar der Stand von 1928, einem Jahre verhältnismäßig günstiger Konjunktur, unterschritten. Was ferner die Vergleichsverfahren betrifft: im Oktober 1931 wurden arbeitsmäßig 37 eröffnet, im August 1932 nur noch 14.

Und die Bedeutung dieses Rückganges? Hat sich die allgemeine Geschäftslage bereits entscheidend gebessert? Man tut gewiß gut, die Abnahme der Konkurse und Vergleichsverfahren als günstiges Anzeichen naher Konjunkturerholung nicht zu überschätzen. Hier hat zweifellos eine Reihe besonders gelagerter Umstände mitgewirkt. Zahlreiche Konkurse werden mangels Masse abgelehnt, daher nicht statisch erfolgt. Und abgesehen davon: die kritische Lage vieler

## Rückgang der Konkurse u. Vergleichsverfahren



Unternehmen hat sich bisher kaum gebessert; die Zahl der Firmen jedenfalls ist nicht gering, die tatsächlich noch — namentlich in Anbetracht der Entwertung aller Sachwerte, z. B. der Gebäude, Maschinen, Läger und der starken Umsatzeinbußen — an Überschüssen zeigen, ihren Forderungsbau oder nur flüchtig aufrecht erhalten können, und bei denen praktisch alle Forderungen mehr oder weniger eingetroffen sind. Der Gläubiger aber hält in vielen Fällen nur „Null“, weil die Vermögenswerte des Schuldners zum Teil gar nicht, zum Teil nicht ohne schwerer Verluste auch für ihn realisierbar sind. Es ist also, wenn man es so ausdrücken darf, im Verhältnis des Gläubigers zum Schuldner oft eine gewisse Erklarung eingetroffen. Dem Gläubiger bleibt praktisch zweifeln kaum etwas anderes übrig, als abzurufen und „Nullbuben“ — in der Hoffnung, daß bei einer Besserung der Wirtschaftslage die bei dem Schuldner eingetragenen Kredite doch noch einmal „aufleben“ könnten.

Aber wie dem auch sein mag — die Tatsache einer so beschleunigten und erheblichen Abnahme der Konkurse und Vergleichsverfahren jedenfalls deutet auf eine gewisse Entspannung im Wirtschaftslage hin und wirkt, im Zusammenhang mit anderen Anzeichen einer Krisenbewegung, beruhigend auf die Geschäftswelt. Man denke daran, welche Panik die Häufung der Zusammenbrüche 1931 in allen Wirtschaftszweigen herorgezogen hatte, weil die Folgen ja in keinem Fall auf das betroffene Unternehmen selbst beschränkt blieben; infolge der mannigfaltigen Kreditverflechtungen wirkte jede Zahlungseinstellung in die Breite und zog zahlreiche andere Firmen mehr oder weniger empfindlich in Mitleidenchaft. Die beträchtliche Abnahme der Konkurse und Vergleichsverfahren wird daher wohl dazu beitragen, das wirtschaftliche Vertrauen zu festigen. In diesem Sinne kann sie als ein erfreuliches Anzeichen einer sich allmählich anbahnenden wirtschaftlichen Konsolidierung und inneren Gesundung angesehen werden.

S 4 r.

## Bundespräsident Miklas — 60 Jahre



Truman G. M. H.

Bundespräsident Miklas

Am 15. Oktober wird Bundespräsident Miklas 60 Jahre alt. Während seiner nun fast vierjährigen Amtstätigkeit hat er das große Vertrauen, das ihm in allen Schichten der österreichischen Bevölkerung entgegengebracht wurde, nicht nur gerechtfertigt, sondern womöglich noch vermehrt und auch über die Grenzen seiner Heimat hinaus sich uneingeschränkt Ansehen erworben. Miklas gehört sicherlich nicht zu den politischen Wiedereinsteinern, auch nicht zu den Politikern, die ihren Aufstieg irgendeiner zufälligen Konjunktur verdanken. In einer langjährigen politischen Laufbahn hat er sich durch Zäh und treue Arbeit in allen Parteilagern das hohe Maß

von Achtung verdient, die die Voraussetzung für das verantwortungsvolle hohe Amt ist, das er bekleidet.

Als junger Gymnasialprofessor ist er schon im Jahre 1907 Mitglied des Reichsrats geworden, dem er bis zuletzt angehört hat. Hatte er schon vor dem Krieg in der christlich-sozialen Partei wie im Parlament allgemein anerkannte Arbeit geleistet, so hat er nach dem Zusammenbruch zunächst als Mitglied der Nationalversammlung und dann als Abgeordneter im Nationalrat in ganz hervorragender Weise an dem staatlichen Aufbau des neuen Österreichs teilgenommen. Als Politiker hat er wegen seiner natürlichen Klugheit und seiner Gründlichkeit, seiner Unparteilichkeit und seiner Überzeugungstreue eine so unumstrittene Stellung eingenommen, daß er 1925 zum Präsidenten des Nationalrats gewählt wurde. Es wird sicherlich auch Miklas, der niemals nach Kob strebte, mit innerer Genehmigung erfüllt haben, als selbst seine schärfsten Parteigegner seiner vorbildlichen Führung der Präsidentschaft die vorbedachte Anerkennung gewollt haben. Über sicherlich liegt das Geheimnis seines politischen Erfolges zum größten Teil in seinen ausgezeichneten menschlichen Eigenschaften, die sich selbst im unansehnlichen Politist niemals verleugneten. So war es seine Überzeugung, daß, als ein Nachfolger des hochverdienten Vizepräsidenten Dr. Hainisch gewählt wurde, die Wahl am 5. Dezember 1928 auf Miklas fiel und er auch nach der Verfassungsreform vom 9. Oktober 1931 auf vier weitere Jahre gewählt wurde. Und heute, nach vierjähriger Tätigkeit, wird wohl kaum jemand der Behauptung widersprechen, daß Miklas als Staatsoberhaupt das gehalten hat, was er sich als Politiker zur Lebensaufgabe gemacht hat: nämlich seinem Vaterland und seinem Volk vor allem anderen zu dienen.

## Hindenburg im Buch

Paul von Hindenburg als Mensch, Staatsmann und Feldherr. Von Erich Mars und Ernst von Eisenhart-Rothe. Herausgegeben im Namen der Hindenburg-Stiftung von Oskar Karpest. Mit zahlreichen Bildern. Verlagsanstalt Otto Stollberg G. m. b. H., Berlin SW 11. 222 S.

Hindenburg der Deutsche. Von Walter Bloem, mit 57 Zeichnungen von Arthur Kampf. Verlag Neimar Hobbing, Berlin SW 61. 380 S.

Hindenburg, seine drei Leben. Von E. A. Hbarra. Kurt Wolff Verlag L.-G., Berlin. 181 S.

Diese drei Bücher, die zum 85. Geburtstag des Feldmarschalls und Reichspräsidenten erschienen sind, sind grandioser als in ihrer Art, obwohl sie das gleiche Thema behandeln. Jedes der drei Bücher versucht die Persönlichkeit Hindenburgs historisch zu schildern und gleichzeitig psychologisch zu ergreifen. Auf bester Basis geschieht es von Walter Bloem, auf schmalerer von Hbarra und auf schmalster von Erich Mars — aber nur dem Umfang nach! Denn der Luffast von Mars ist äußerlich der schmätzigste, nach Gewicht und Format aber der bedeutendste und überlegenste der drei.

Erich Mars macht den ersten Versuch, die Persönlichkeit des Feldmarschalls als Staatsmann zu schildern und zu umreißen, nachdem der General Eisenhart-Rothe den Feldherrn gezeichnet hat. Mars behandelt damit die Epoche im Deutschen Hindenburg, die uns am nächsten liegt, seine Reichspräsidentenschaft seit 1922. Er ist als Bismard-Biograph dazu besonders berufen. So kommt es, daß er unwillkürlich an den verschiedensten Stellen auch die Parallele zwischen Hindenburg und Bismard und die noch näher liegende zwischen Wilhelm I. und Hindenburg zieht. In seiner knappen, geschlossenen Art reißt sich Satz an Satz. Jeder von Gehalt. Unter der Hand weicht sich schließlich dieses Porträt des Staatsmannes Hindenburg zu einem konzentrierten Abriß der politischen Geschichte Deutschlands im letzten Jahrzehnt. Die einzigartig, richtunggebende Stellung Hindenburgs in der deutschen Innenpolitik wird mit leuchtender Klarheit herausgearbeitet. Was Mars über Hindenburgs Wahl im Jahre 1925 schreibt, ist das Keimwort: „Hindenburgs Wahl galt der Persönlichkeit, die schon durch; er fand auch erheblich und oberhalb des Parteieifers.“ Das ist das Gesetz, nach dem er angetreten und noch heute wirkt. Besonders wohlwundert berührt die strenge Objektivität von Mars, die trotzdem auf Urteile nicht verzichtet und sich 3. A. in seiner Wertung Eberts und Stroffmanns dokumentiert. Im ganzen ein gelungener fundierter Essay über den Staatsmann Hindenburg, entsprechend der besonderen Neugier und Tätigkeit von Erich Mars unter den deutschen Historikern.

Ganz anders ist Bloem's Buch angelegt. Es ist mehr Volkstuch. Die ein deutsches Epos in Prosa nach Art des Nibelungenliedes, des Göttergedichtes oder der „Bilder aus deutscher Vergangenheit“ von Julius Freytag ist das Werk breit und wichtig

angelegt. Arthur Kampf's Zeichnungen unterstützen diese Absicht. Den größten Raum nimmt der Feldherr Hindenburg und damit die Tragödie des Weltkrieges ein. Hier hat Bloem ein großes Gemälde des historischen Bergang entworfen und auch die richtigen Töne gefunden. Eine Art Heldengedicht ist ihm hier gelungen, das keineswegs einseitig den Feldmarschall und seine Mitarbeiter verdammt, sondern auch Schatten bringt, da wo es am Plage ist. Das gilt 3. B. für seine Stellungnahme zu der Oberbefehlshaber des Kaisers nach 1917, der Stellung der Obersten Heeresleitung zu der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 und dem Frieden von Brest-Litovsk. Keiner hält Bloem in der zweiten kleineren Hälfte des Buches über die Zeit des Friedens nicht die hohe inne. Vielleicht steht er noch zu sehr unter dem seelischen Eindruck dieser Ereignisse, als daß er den entsprechenden sachlichen Abstand findet.

Demgegenüber ist die Darstellung des Amerikaners Hbarra eine ausgeprochene Biographie. Hindenburgs Leben wird in „drei Leben“ zerlegt: in sein Leben als Offizier im Frieden, als Führer im Weltkrieg und als Reichspräsident des neuen Staates. Originell und treffend ist diese Zerlegung in „drei Leben“, weil sie sagt, daß jeder dieser drei Lebensabschnitte ausgereicht hätte für ein normales Leben eines, der nicht umsonst gelebt hat. Das Buch ist klar, schlicht und doch mit Bergensmägen geschrieben, ohne den Phrasenprunk moderner Reportagen. Als biographische Schilderung des Lebenslaufes und -inhalts kann es nur empfohlen werden. Es zeigt vor allem, welche monumentale Größe die Gestalt Hindenburgs auch in den Augen des Auslandes angenommen hat. Auch einige Ungenauigkeiten, die den Ausländer verzerren, fördern den guten Eindruck, der aus diesem Buche spricht, nicht.

In jedem dieser drei Bücher wird die Frage nach dem Geheimnis der Persönlichkeit Hindenburgs gestellt. Bloem spricht sogar von dem „Hindenburg-Rätsel“. Aber vielleicht problematischer Bloem in echtem deutschen Erkenntnisdrang die Gestalt Hindenburgs über Gebühr. Diese Problematisierung läßt überhaupt in Bloems Darstellung etwas unbesriedigt. Selbst im Höhepunkt seines Buches, der Schilderung der Spene zwischen Hindenburg und Hitler vom 15. August, vermischt man einen Anhaltspunkt, mit welchem von beiden Helden das Herz des Dichters schlägt. Die näher kommt dem Dessen von Hindenburg schon Hbarra, wenn er auf Grund einer Anekdote den „Charakter“ als den Schlüssel zur Persönlichkeit und historischen Bedeutung Hindenburgs bezeichnet. Hindenburg hat keine geniale Züge üblicher Art an sich, wie man es sonst an den Helden der Geschichte gewöhnt ist. Es fehlt ihm das Sprühende, Vulkanische, Dämonische Bismards. Er ist gerade und unkompliziert. Es ist „etwas Dornaholtes“ an ihm, wie der Ausländer Hbarra es (schmerzhaft) anerkennen hat. So kommt es, daß er wie ein fides, des Göttergedichtes oder der „Bilder aus deutscher Vergangenheit“ von Julius Freytag ist das Werk breit und wichtig

sehen Volk aus. Erich Marcks hat es treffend formuliert: „Er ging von Anfang bis zu Ende seinen geraden Weg, ungeeffekt.“ Besser läßt sich das Eigenartige und „Geniale“ von Hindenburg Persönlichkeits nicht wiedergeben. Er steht darin nicht ganz allein und vereinzelte in der Geschichte, wie es auf den ersten Blick scheint. Es ist — auch wenn die Analogien selten sind — die gleiche Genialität,

die Georges Washington zum „Vater des Vaterlandes“ in den Vereinigten Staaten und Abraham Lincoln zu dem zweiten großen Helden im Herzen des amerikanischen Volkes gemacht, die auch dem „Kartätschenprinzen“ Wilhelm I. doch das Herz des deutschen Volkes gewonnen hat. Diese Georalligkeit, die nur dem echten Charakter geschenkt wird, das ist der Genius von Hindenburg. Ziegler.

## Blick in die Bücher

Deutschlands militärische Gleichberechtigung. Eine völkerrichterliche Untersuchung. Von Dr. W. G. Regenburg und Dr. Alig Wertz-Regenburg. Kramer-Verlag, Berlin. 158 S.

Die Schrift untersucht die fünf Fragen, ob Deutschland einen Anspruch auf die Abstraktion der anderen Staaten hat, ob dieser Anspruch verlegt ist, ob Deutschland wegen Verletzung seines Anspruchs das Recht zur Selbsthilfe, d. h. zur unabhängigen Vornahme des Nützlichkeitsausgleichs, hat, ob es vorher den Völkerbund oder das Haager Schiedsgericht anrufen muß und schließlich, ob Deutschland unabhängig von der Verantwortung dieser Fragen etwa auf Grund des Artikels 8 der Völkervereinbarung gleiche Behandlung in Nützlichkeitsfragen wie andere Völkerverbandsmitglieder verlangen kann. Die drei ersten sowie die fünfte dieser Fragen werden verneint, die vierte verneint. Die Geschichte unter Verzeichnung eines umfangreichen Materials an völkerrichterliche und politische Äußerungen und auf Grund einer vielfach neuen Interpretation der einschlägigen Texte. Die Schlussfolgerungen, zu denen die Verfasser gelangen, gehen weit über diejenigen hinaus, die die deutsche Regierung in der Frage der Gleichberechtigung während der diplomatischen Verhandlungen der letzten Wochen gezogen hat. Die Auffassung der Verfasser, Deutschland ist, nachdem die anderen Unterzeichner des Versailles Vertrags ihre Zustimmung auf Abstraktion bisher nicht durchgeführt haben, befristet, sich zum Teil V des Versailles Vertrags loszusagen, mag nach völkerrichterlicher Ansicht nicht unbegründet sein. Politisch wäre es unflau, dieser Auffassung entsprechend zu handeln, solange die Frage der Gleichberechtigung Gegenstand diplomatischer Verhandlungen bildet und solange nicht jede Aussicht gewonnen ist, daß die Genfer Abstraktionskonferenz doch noch zu positiven Resultaten kommt, die für uns an die Stelle der Abstraktionsbestimmungen des Versailles Vertrags treten. Es ist jedoch interessant, festzustellen, wobei die völkerrichterliche Ansicht führen müßte, wenn hinsichtlich deutscher Gleichberechtigung und allgemeiner Abstraktion nicht innerhalb einer vernünftigen Zeitspanne praktische Lösungen erzielt werden. Das vorliegende Buch trägt auch, wie gemeint, angefaßt der vorliegenden völkerrichterlichen Tatbestände die von der deutschen Regierung eingenommene Haltung ist.

Arithur Wagner: Tabellen für Jedermann. 4. vermehrte Auflage. Verlag Gebrüder Jänecke, Hannover.

Auf 88 Seiten ein kurzgefaßter Ratgeber für das tägliche Leben. Er unterrichtet jedermann über grundlegende Fragen, die im Berufs- und Geschäftsleben praktisch aufstauden. In diesen Tabellen hat die Erklärung der Grundrechnungsarten und der Prozentrechnung, der Zinsrechnung, mathematischer Fundamentalfälle ebenso Raum wie die Fixierung der Sozialversicherungen, des Steuerrechtes, der Grundlagen des bürgerlichen Rechts, der wichtigsten Bestimmungen des Versailles Friedensabkommens und anderes mehr. Diese Broschüre ist geeignet, jedem im Erwerbsleben Stehenden wertvolle Dienste zu leisten.

Oberregierungsrat Dr. Hans Dolmer: Leitfaden für den freiwilligen Arbeitsdienst. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart. 1932. 112 S. Preis 3 RM.

Diese Schrift verdient besondere Beachtung. Sie stellt die gesetzlichen Grundlagen des freiwilligen Arbeitsdienstes dar, erläutert sie in klarer und einprägsamer Form, behandelt anschließend die Organisation und das Vorgehen im freiwilligen Arbeitsdienst und geht in einem letzten Abschnitt auch auf das Siedlungswesen insbesondere in seinem Zusammenhang mit dem freiwilligen Arbeitsdienst ein. Im ganzen bedeutet das Büchlein in Anbetracht der überhöhten Anordnung des Textes und seiner allgemeineren Bedingungen durch das wichtige Gebiet des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung. Herausgegeben von Wilh. Volz und Hans Schwalm. Verlag Julius Belf, Berlin-Keppig.

Don dem 1. Jahrgang der Deutschen Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung liegen bis jetzt fünf Nummern vor. Schon beim Erscheinen des 1. Heftes durfte auf Grund der guten Tradition — die Zeitschrift will die Arbeit der 1913 eingestellten

„Deutschen Erde“ fortführen — und der guten Namen im Mitarbeiterverzeichnis Gutes erhofft werden. Die wissenschaftlichen Waffen für den seit der unglücklichsten Grenzziehung doppelt notwendigen Kampf um den deutschen Volksboden sollen hier geschrieben werden. Die deutsche Wissenschaft soll für die große Bedeutung der Deutschtumsforschung nach ihrer politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Seite gewonnen werden. Es ist in der Tat ein weiter Kreis, der von der Geographie, Anthropologie und Volkskunde über die Vorgeschiede, Siedlungs-, politische und Kulturgeschichte, Sprachwissenschaft und Literaturgeschichte des deutschen Volkes und seiner benachbarten germanischen, romanischen und slawischen Völker bis zu dem Staats-, Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und Statistik führt. Dazu kommt noch die Verschiedenheit der Probleme in Ost, West, Nord und Süd. Verbindung und Zusammenfassung des Vielgefaltes mit dem Blick auf das Ganze wird erstrebt. Man kann wohl sagen, daß dieses Ziel durch die Gründlichkeit und Vielgefaltes des Dargebotenen bis jetzt erreicht wird. Dazu kommt wertvolles Kartenmaterial und eine nach Jahrgängen erscheinende, mit 1928 beginnende, überflüssige Bibliographie.

Dr. v. B.

Kandmächt und Seemacht. Von Joseph M. J. Zentral-Verlag G. m. b. H., Berlin, 1928. 88 S. der Weltpol. Bücherei mit 10 Kartenfiguren, 62 Seiten. Halbleinen geb. 2,10 RM.

Das Ziel dieser Schrift ist, „ein Bild des Wesens und der Entwicklung der Kand- und Seemacht zu geben“. Der Verfasser paßt das Problem aber hier an, als es sonst geschieht: für ihn ist eine Seemacht keine Zahlengröße in Regimentsronnen, eine Kandmacht nicht eine Summe von Regimentern, sondern zu diesen Zahlen müssen, um das Bild der Kand- oder Seemacht zu vervollständigen, die geographische Lage und schließlich die gesamte Veranlagung des Volkes mitberücksichtigt werden. Hinter diesem Gesichtspunkt werden nun die See- und Kandmächt der Geschichte angesehen, und der Verfasser kommt mit seinen neuen Voraussetzungen auch zu neuen eigentümlichen Resultaten. Er konstatiert die Differenzierung in der Raumfassung und gibt dafür das Beispiel, daß ein französisches Paris als Zentrum seines Reichspans vorziehen könnte, während es einem Engländer nicht die geringsten Schwierigkeiten machen würde, sein Reich in Gedanken z. B. um Singapur aufzubauen und die dann erforderlichen politischen Maßnahmen bereit zu haben. Deutschland wiederum möchte beides sein: Kand- und Seemacht, und beides konnte es nicht ganz erfüllen. Als Seemacht fehlte ihm neben anderem der freie Zugang zum Meer, zur Kandmacht fehlte, als fluid der Kleinatlantik, das unbedingte Staatsgebiet. Auch aus diesem Band der Weltpolitischen Bücherei erwächst wieder Erkenntnis der Vergangenheit, Deutung der Gegenwart und Blick in die Zukunft.

H.

## LICHTBILDARCHIV

### DIE LANDESABTEILUNGEN DER REICHENZENTRALE FÜR HEIMADIENT

stellen in der zweiten Hälfte des Monats Oktober in ihr Lichtbildarchiv eine neue Lichtbildserie ein:

### HD 87: UM DIE NEUBELEBUNG DER WIRTSCHAFT 30 DIAPOSITIV MIT TEXT

Die Serie stellt in knapper übersichtlicher Form dar, welche Anzeichen im Ausland sowohl wie in Deutschland auf eine nahende Konjunkturrückende hindeuten. Anschließend werden die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Reiches zur Hebung der produktiven Wirtschaft, Vermehrung der Arbeitsgelegenheit und zum Schutz der Landwirtschaft an Hand einprägsamen Bildmaterials erläutert.

Die Serie kann von jeder Landesabteilung der Reichenzentrale für Heimatdienst in den üblichen Leihbedingungen bezogen werden.

# Neue Siedlungsformen

Von Bertha Gräfin Sierstorff

Daß nur durch sachgemäßes Siedeln dem deutschen Volk in seiner großen Not geholfen werden kann, ist jetzt zur allgemeinen Überzeugung geworden. Sachgemäßes Siedeln bedeutet bodenförmig machen, Arbeit und Werte schaffen, außerdem einen festen, möglichst unerschütterlichen Wall an den Grenzen aufrichten. Es handelt sich hier in erster Linie um den gefährdeten und unserm Vaterlande, um alles Kolonialgebiet von Jahrhunderten zurückliegender Siedlungsstätigkeit zeigt, wo auf weiten Strecken fruchtbarsten Landes die Bevölkerung verhältnismäßig dünn gesät ist.



Siedlungsgehäuser im Gamlitz

Es ist in den letzten Jahren viel gefiedelt worden, zum Teil allerdings mit Mißerfolg, weil wegen der hohen Kosten die Rentabilität ausblieb. Jetzt hat man andere Methoden angewandt und will durch a l l m ä h l i c h e n Aufbau und Zubau und durch Selbsthilfe sicherere Grundlagen mit möglichst geringer Belastung schaffen. Es sind mir drei Typen besonders aufgefallen, die mir erfolgreich erscheinen.

Bei G e l e w i t z in O b e r s c h l e s i e n : Stadtrand- bzw. Nebenerwerbs-siedlungen auf 800 bis 1200 qm Gelände mit Wohnhäusern, zu deren Erbauung ein staatlicher Zuschuß von je 2000 RM. gegeben wird, die in Holz, Fachwerk oder Backstein aufgeführt werden, und zwar durch die Siedler selbst. Gruppen von etwa 20 Siedlern tun sich zusammen und stellen gemeinsam ihre Häuser her. Die Lots unter ihnen vertreten geschulte Formen für die technisch richtige Ausfüh-rung. Die gefehlenden Unterhaltungsarbeiten werden neuerlich weiter ge-zählt, ein Nebenerwerb wird aber auch später immer anzustreben sein, da die wenigen Quadratmeter wohl für eine Zusatzernahrung, aber nicht als genügende Einnahmequelle ausreichen. Die Häuser, in einheitlicher Bauweise errichtet, bestehen aus je zwei Räumen im Erd-



Siedlerhans in Traupel (Westpreußen)

geschloß, einer geräumigen Küche und einem Zimmer. In den Dachstod können zwei Manndarfen eingebaut werden, für die je 150 bis 180 RM. zur Verfügung gestellt werden. Ein kleiner Vorbau aus einem Stall für Ziegen, Schweine und Hühner und ein Heuboden erschienen mir sehr praktisch. Es fehlt allerdings Kanalisation, Wasserleitung (Dachbrunnen!), elektrisches Licht und Unterfertigung bis auf einen kleinen Raum zur Unterbringung von Kartoffeln und Stenmmaterialien.

In ähnlicher Weise wurde die Aufstellung Haus f u r f a m i l i e n in der Grenzmark im vorigen Jahre von der dortigen Heimstätte er-richtet. 40 Berliner Familien, die vor vier bis fünf Jahren zum Land in die Großstadt gezogen waren in der Hoffnung auf bessere Verhältnisse sind nach schweren Enttäufungen hierher rüdgese-delt worden, und es gelang ihnen, in gemeinsamer Arbeit, vom 1. No- vember bis 1. Januar, ihr Heim mit Stall und Scheune bewohnbar aufzubauen. Ein Gelände von 48 bis 60 Morgen Größe wurde ihnen zugewiesen, die Ernte des letzten Jahres stellte ihnen die Zen-trale zur Verfügung, und so konnte ich draungeranntem, fröhlichen Menschen bei ihrer immerhin schweren, aber erspriechlichen Arbeit, zusehen.

Die schönsten Siedlungen sah ich im Samland. Von der östpreussischen Landgesellschaft erhalten die Familien 20 bis 60 Morgen fruchtbares Gelände in der herrlichen Landschaft. Die Häuser sind aus Backstein, im Winkel dazu der Stall für Pferde (hier findet jeder kleinste Siedler noch mit Pferden), Küche, Schweine und Hühner. Eine geräumige Scheune und ein kleinerer Schuppen für Geräte bilden dazu ein Quadrat. Diese Siedlung kostet aller-dings auch heute bei äußerster Sparsamkeit ohne Inventar etwa



Siedlerroggen in Panten (Samland)

20 000 RM., doch scheint mir die Rentabilität gesichert, wenn die Familien — die Frau ist hier ein Hauptfaktor — sich mit allen Kräften für das Gelingen einsetzen. Für das Anlegen von Klein-siedlerstellen kommt in erster Linie solcher Großgrundbesitz in Be-tracht, der nicht mehr lebensfähig ist. Außerdem sieht sich man-der an sich gesunde Großgrundbesitz in der heutigen Zeit in die Zwangs-lage versetzt, Land abzugeben. Schließlich warten noch weite Land-flächen auf Urbarmachung.

Der Großgrundbesitz, wenn er in den richtigen Händen ist, hat noch eine große Aufgabe zu erfüllen, denn die Deckung unserer Zu-dars in Holzgebiete und anderen selbständigen hängt so Anbau im großen ab. Derartige Güter geben auch vielen Menschen eine gesunde Erpfähg. Z. B. haben im allgemeinen die sogenannten Ins-tiute (Gutsarbeiter) ein Haus zur Verfügung, außerdem als Deputat 1 bis 1 1/2 Morgen Land, eine Kuh, Kartoffeln und einen monat-lichen Barlohn von etwa 18 RM.

Bei genauer Kenntnis der westlichen und östlichen Verhältnisse erscheint es wohl möglich, noch eine größere Anzahl aus dem über-völkerten Westen in den wenig besiedelten Osten überzusiedeln zu lassen. Der Siedler, der den Mut hat, mit primitiven Mitteln seine Stelle allmählich aufzubauen und auszugestalten, wird am erfolg-reichsten sein. Und Gott sei Dank steht es an solchen Pionieren in Deutschland nicht.

## Büchereingang

Ein Mann hat die Würfel. Ein faszinierendes Buch von Johannes Müller-Bühnen. 15 G. Preis: 1 RM., 3 Staffeln je 75 Pf. 1962. Bühnenverlag, Berlin.

Fluke bin — Fluke her. Eine Fabel mit Ironie und tiefer Bedeutung von Heinz Stegenwilt. 28 G. Preis: 1,50 RM., 4 Staffeln je 1,25 RM. 1962. Bühnenverlag, Berlin.

Der Heuer. Ein Spiel der Wahnung von Bruno Kowald. 22 G. Preis: 1 RM., 7 Staffeln je 75 Pf. 1962. Bühnenverlag, Berlin.

Was Albert der Große, der Franz und Edgar der Jugend. Von B. Preis: 20 Pf. 64 G. Preis: 30 Pf. Albert-Verlag, Berlin i. O.

Das Land ohne Grenzen. Einzeitungsroman von Kurt und Konrad Böttcher und Vertriebe von Ludwig und Vertriebe Nummer. Preis: 1 RM., 1000 (Teil 1) des Gammes, Stuttgart.

Die Welt der Menschen. Ein Buch von Karl Müller. 15 G. Preis: 1 RM., 1000 (Teil 1) des Gammes, Stuttgart.

## Heimatdienst - Abonnement

unentbehrlich für jeden deutschen Staatsbürger

Die Zeitschrift „Heimatdienst“, herausgegeben von der Reichszentrale für Heimatdienst, erscheint zweimal monatlich zu dem billigen Bezugspreis von

**RM 6.50 jährlich**

(bei Lieferung unter Kreuzband RM 1.20 Porto), RM 3.25 halbjährlich (zusätzl. RM 0.60 Postspesen bei Lieferung unter Kreuzband).

Einzelpreis der Heimatdienst-Nr. 30 Pfg.

Wir versenden Probenummern kostenlos und bitten die Freunde unserer Zeitschrift um Angabe der Adressen von Interessenten des „Heimatdienstes“.

Zentralverlag G. m. b. H. • Berlin W 35

## Wegen Geldnot!

Ab Fabrik  
feinste  
Maßanzugstoffe  
blau und grau-  
gestreift,  
Meter 5,80 und  
8,80 RM.,  
selten schön.  
Erga, Gera 167

## Dekorative Raumkunst

Wohn- und Geschäftsräume  
Spez.: Treppentüre, Fassaden  
**Gediegene Wertarbeit,  
aber allerbilligste Preise!**  
Auch Zahlungserleichterung.

**Malerei Werkstätten Woldt**  
Neukölln, Hermannstraße 16  
Anruf F 2, Neukölln, 2295.

## Polsterarbeiten

Umarbelungen, neuzeitliche  
Formgestaltung, Dekoration  
werden von erstklassigem alten Fachmann zu billigsten Preisen ausgeführt.

**Paul Ponsong sen.,**  
Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 36.



## ÜBERSEE- UND KOLONIAL-ZEITUNG

43. Jahrgang

\*  
Das führende Kampfor-  
gan für deutsche Kolonialpolitik

\*  
Das kolonialwirtschaftliche Nach-  
richtenblatt für Industrie und Handel

\*  
Die Monatschrift des Kolonial- und  
Auslandsdeutschen

\*  
Die aktuelle koloniale Bilderzeitschrift

Bezugspreis: Ausland jährlich 9,— Mk., Inland 8,— Mk.  
einschließlich Zustellung. / Mitglieder der Deutschen  
Kolonialgesellschaft Vorzugspreise / Lassen Sie sich  
kostenlos Probenummer zusenden durch den Verlag:

**Deutsche Kolonialgesellschaft**  
Berlin W 35, Am Karisbad 10

Sichern Sie sich schon jetzt

## Den entzückenden Abreißkalender Mutter und Kind

Ein Tagebuch der Mutter für das Jahr 1933

Mit 48 einfarbigen und 4 mehrfarbigen Kunstblättern  
Herausgegeben im 6. Jahrgange von *Adèle Schreiber*

Der kleine Führer im Gewand des künstlerischen Abreißkalenders bietet wieder entzückende Bilder aus dem Kinderleben, Aufnahmen aus dem Familienleben und den Kindergemeinschaften, behandelt wieder die Beziehungen zwischen Mutter und Kind, Vater und Kind, Großmutter und Enkel. Wie in früheren Jahren, vertritt der Kalender bei aller Mannigfaltigkeit einen besonderen Leitgedanken. Das Preisausschreiben des vorjährigen Kalenders hatte ja das Thema „Kind und Körperkultur“, Sonne, Luft und frohe Bewegung für alle deutschen Kinder. Der Kalender für 1933 zeigt, daß trotz der schweren Krise zur Abwendung der schweren seelischen und gesundheitlichen Gefahren überall viel für die Gesundung der Jugend getan wird. Jugend aller Altersstufen bei Spiel und Unterricht, bei frohem Sport und bei Gemeinschaftsübungen wurden in entzückenden Photos von den Freundinnen und Freunden des Kalenders eingesandt und ziehen nun in reizvoller Abwechslung in diesem Kalender an uns vorüber. *Auch der neue Kalender enthält wieder ein Preisausschreiben, das viele reizen wird, sich zu beteiligen*

Dieser Jahreskalender eignet sich auch ganz besonders zu Geschenkzwecken!  
Preis trotz besserer Ausstattung herabgesetzt nur **2.85 M.**

Zu beziehen durch alle einschlägigen Geschäfte  
Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

## Der deutsche Volkswirt

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK  
UND WIRTSCHAFT

herausgeber **Gustav Stolper**

VERLAG UND REDAKTION:  
BERLIN W 35, SCHÖNEBERGER UFER 33

Ersteht jeden Freitag. Einzelnummer RM 1.30  
Inland-Abonnement vierteljährl. RM 18.—

Unterrichtend • Unabhängig • Unparteiisch

Die einzige große politisch-  
wirtschaftliche Zeitschrift Deutschlands

Nie war wirtschaftliche Unterrichtung  
so notwendig wie heute

Verlangen Sie Probeexemplare kostenlos vom Verlag



**Diesmal nur Praktisches!**  
Korbmöbel ab Fabrik!  
Niedrige Preise, franco Lfg.  
Schlager: Ottel, Postlageramt,  
M. 30.—, Katalog Nr. 114.  
Korbmöbelfabrik Hübn.  
Oberlangenstedt 327, Lütkeke-Land.

Wir liefern an Jedermann



**Fabrik**  
Lehmann & Assmy.

Ältestes Tuchverandhaus  
mit eigener Fabrikation  
Sprenger - L. 48

**20000 Briefmarken**

die in Ihrer Sammlung  
fehlen, nur freies  
Auswahl für bis  
zu 1000 Briefmarken.  
Verlangen Sie Pro-  
spekt über Spa-  
nwagenbriefe - R. ROHN,  
Berlin N 13 Friedrichstraße 131 d

**Schlank**  
Ohne Diät in kurz. Zeit  
**20 Pfd.**  
leichter, durch  
einfaches Mittel, Ausankunft

**Salvina, Hamburg 24**

**ESLH Betten**  
Schul-, Hoch-,  
Schüler-, Polster, Einbett-,  
an Jeder, Vollständig, Gut, Frei,  
Kleinstmöbeln (Suhl) (Tüfel).

**150 Briefmarken gratis**  
nur Ausland und unver-  
bindliche Auswahlendung:  
P. Lahn, Poststraße 1 II,  
Berlin-Steglitz, Kieker Str. 3.

**Polsterarbeiten**

Neuanfertigung / Modernisieren,  
Aufarbeiten / der Zeit entsprechende  
Preise / in und außer dem Hause  
Kostenanschlag unverbindlich \*

**Ponsong + Berlin SO**  
Eisenbahnstraße 38  
Fernsprecher F 8 2009

**Dampfwäscherei Alfred Mastaleck**

Berlin-Cöpenick / Muggelheimerstraße 46  
Telefon: F 4 Cöpenick 0867

**Trocknet im Freien**

Rasenbleiche      Rasenbleiche

**Die Reichsmarine**

Reichs- und der deutschen Seegeflüge.  
Reichsmarine, Dienst, Ausbildung usw. informieren mit, wer über die Tätig-  
keit unserer Flotten Stungen, ihre Führer, ihre Organisation näheres wissen  
wünscht, wer Reichs- und Marine in den letzten sechs Jahren über die Tätig-  
keit in 150 in 200 Seiten an den untergeordneten Bedarf aber ein Verzeichnis  
des Reichs- und der deutschen Seegeflüge Nr. 1074. Käufer erhält zum ein  
Reichs- und der deutschen Seegeflüge. Die Reichsmarine mit dem Reichs-  
dienst und der deutschen Seegeflüge. Die Reichsmarine mit dem Reichs-  
dienst und der deutschen Seegeflüge. Die Reichsmarine mit dem Reichs-  
dienst und der deutschen Seegeflüge.

Verlag „Die Reichsmarine“, Berlin-Güterstraße

Das Interesse aller Politiker richtet sich auf das Buch:

Dr. W. ZIEGLER

**Die Deutsche  
Nationalversammlung  
1919/20 und ihr Verfassungswerk**

**Aus den ersten Presse-Urteilen:**  
Das vorliegende Werk erfüllt ein wahres Zeitbedürfnis, indem es die Geschichte der Deutschen Nationalversammlung, des Weimarer Verfassungswerks in systematischem Aufbau und mit logischer Gedankenentwicklung schildert. Alles das, den Verlauf der Nationalversammlung, die historische Entwicklung des sogenannten Friedensvertrags, den Aufbau der Verfassung, schildert der Verfasser so anschaulich und lebensvoll, so farbenprächtig und wahrheitsgetreu, daß der Leser nicht nur von Anfang bis Ende in den Bann dieser fesselnden Schilderungen geschlagen wird, sondern das Buch als dauernd wertvoll, historisches Werk seiner Bibliothek einverleibt.  
Reichsminister a. D. Dr. Bell in der Germania:  
Das Werk füllt im ganzen eine politisch und historisch vorhandene Lücke aus und erreicht dieses Zweck um so besser, als es von hoher Objektivität und ebenso großer Sorgfalt dem Detail gegenüber getrag ist.  
Dr. Karstedt im Reichsarchivblatt.

Diese beachtenswerte Darstellung, die unabhängig von parteipolitischer Einstellung geschrieben ist, ist im jetzigen Augenblick sehr gegenwertlich.

Generalanzeiger für Dortmund.  
Dr. Ziegler hat sich nicht nur darauf beschränkt, das ungenügende reiche historische Quellenmaterial jener Zeit zu sichten und durchzuarbeiten, sondern knüpft daran auch gleichzeitig eine sehr realpolitische Kritik, die gerade heute ... besondere Beachtung verdient.

Mindener Tageblatt.  
Umfang: 372 Seiten

Preis in Leinen gebd. 12,50 RM / brosch. 10,— RM  
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder unmittelbar  
Zentralverlag G. m. b. H. Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Der neueste Band der  
**Weltpolitischen Bücherei**  
Band 29  
MAXIMILIAN CLAAR  
**ITALIEN**

104 Seiten mit 13 Zeichnungen • Preis geb. 3.— RM

Ein Italienbuch, in dem man wirklich alles findet, was heute über Italien zu sagen ist

Überall spürt man eine Persönlichkeit, die nicht nur das Nachkriegsitalien kennt, sondern die seit Jahrzehnten in der italienischen Politik und im italienischen Leben wurzelt. So nur ist es dem Verfasser möglich gewesen, den Faschismus wahrhaft stanzurischen in die italienische Entwicklung. Das gesamte Buch ist Extrakt des Wesentlichen, und hier wieder bewahrt sich das alte Wert, daß nicht Langschreiben sondern Knappschreiben eine Kunst ist, eine Kunst aber, die nur der völlig Unterzukochte beherrscht. Vom gleichen großen Standpunkt wie der historische Abschluß, sind die übrigen Kapitel verfaßt, das über die geographische Lage, das Bevölkerungskapital, das über Verfassung und Verwaltung, das über Außenpolitik. Hieran schließt sich eine Schilderung des für Italien so wichtigen Kolonialproblems und eine Darstellung seiner finanziellen und wirtschaftlichen Bedeutung. Die Beziehungen zum Vatikan und die Betrachtung der Kultur und der Presse im neuen Italien ergänzen das Bild. Und dies alles auf wenig mehr denn hundert Seiten, wobei noch eine große Reihe von Karten und Zeichnungen beigegeben sind.

Bestellen Sie sofort dieses aktuelle Buch

Verlangen Sie Sonderprospekte der Weltpolitischen Bücherei  
**ZENTRALVERLAG G. m. b. H., BERLIN W 35**  
Potsdamer Straße 41

Verlangen Sie sofort den

**Kalender des  
Auslanddeutschtums  
für 1933**

122 Bilder vom Deutschtum in aller Welt

PREIS: RM. 2,—

herausgegeben vom Deutschen Ausland-Institut

10 000 Exemplare sind schon bestellt

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder bei der

**Ausland und Heimat Verlags-A.-G.**  
Stuttgart, Charlottenplatz 1.